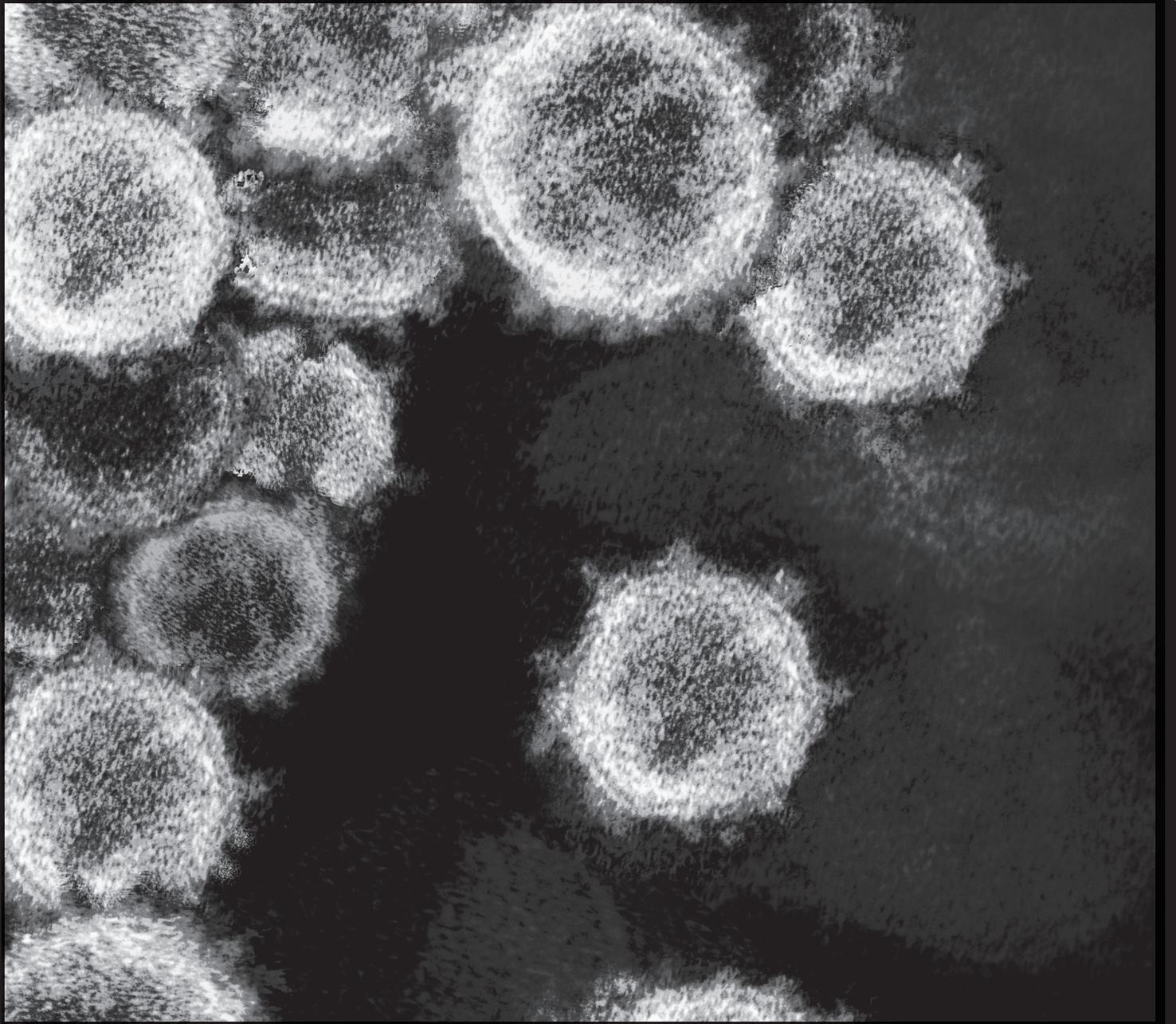


TICKER Beilage zu STICHWORT BAYER 2/20

Kurzmeldungen zu einem multinationalen Chemiekonzern



+ + T I C K E R + + T I C K E R + +

AKTION & KRITIK

CBG bei Berliner Agrarwende-Demo

Aus gegebenem Anlass finden die alljährlichen Proteste zur Berliner „Grünen Woche“ seit Längerem nicht mehr unter dem Motto „Wir haben es satt“ statt, sondern unter einem, das noch weniger Zweifel daran lässt, um was es geht. „Wir haben die Agrarindustrie satt“ heißt es nunmehr. Und die Wurzel allen agro-industriellen Übels benannte die indische Aktivistin Vandana Shiva in ihrer Rede zum Auftakt der Kundgebung am Brandenburger Tor: die von BAYER mitgegründeten IG FARBEN. Als den Urahn der Agro-Industrie bezeichnete sie den Konzern, der in Auschwitz ein eigenes KZ unterhielt und Menschenversuche durchführte. Vom Genozid zum Ökozid verlief für die Trägerin des Alternativen Nobelpreises dann die weitere Entwicklung der Landwirtschaftsbranche. Dieser Logik der Vernichtung, derer sich der Leverkusener Multi und die anderen drei Mitglieder des „Gift-Kartells“ befleißigen, gilt es sich nach Meinung der Physikerin zu widersetzen. „Wir brauchen in diesem Land eine Kampagne gegen BAYER“, hatte sie darum bereits am Vortag der Demonstration auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung eindringlich gefordert. Aber nicht nur Shiva nannte in Berlin das Kind beim Namen. Der brasilianische Agrar-Techniker Prof. Dr. Antonio Andrioli griff in seinem Kundgebungsbeitrag die doppelten Pestizid-Standards des mit dem MONSANTO-Deal zur Nr. 1 der Branche aufgestiegenen Konzerns scharf an, verkauft dieser in dem südamerikanischen Land doch zahlreiche hierzulande wegen ihrer Gesundheitsschädlichkeit verbotene Chemie-Cocktails. Auch vor dem Mercosur-Abkommen zwischen der EU und den vier südamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay warnte er, wie es die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) und anderen im NETZWERK GERECHTER WELTHANDEL zusammengeschlossenen Gruppen in ihrem Aufruf zum 18. Januar auch schon getan hatten. „Denn das Abkommen verfestigt ein Wirtschaftsmodell, das auf Monokulturen und massiven Pestizid-Einsatz setzt“, hieß es darin unter anderem. Imker*innen stritten derweil für „Bienen statt BAYER“ und kippten Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) vier Tonnen glyphosat-verseuchten und deshalb nicht mehr vermarktbar Honig vor die Tür. Bei einer solchen Lage versteht es sich von selbst, dass die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN auch dieses Mal in Berlin wieder vor Ort war und mit zu den 27.000 Menschen gehörte, die für eine Agrarwende auf die Straße gingen.

CBG schreibt der FAZ

Für die FAZ erfolgte die positive Bewertung, welche die US-amerikanische Umweltbehörde EPA Ende Januar 2020 zum umstrittenen Pestizid Glyphosat abgab, auf wissenschaftlicher Grundlage. Da Greta Thunberg bei ihrem Engagement für mehr Klimaschutz stets auf die Wissenschaft verweist, müsste die Schwedin eigentlich auch für das Herbizid streiten, meinte das Blatt unter der Überschrift „Greta für Glyphosat“. Das veranlassete die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zu einem Leser*innen-Brief. „Die Unbedenklichkeitsbescheinigung, welche die US-amerikanische Umweltbehörde EPA Glyphosat ausstellte, basiert keinesfalls auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Entscheidung ist vielmehr politisch motiviert“, hielt sie darin mit

Verweis auf die erzwungenen Personalwechsel bei der EPA nach der letzten US-Wahl fest. „Gleich nach seinem Amtsantritt hat Präsident Donald Trump die Führung der Behörde ausgetauscht und auf Linie gebracht“, so die Coordination. Dann verwies sie auf die Agentur HAKLUYT, die für BAYER-Tochter MONSANTO die EPA ausspionierte und sofort einen Effekt der Maßnahmen spürte: „Die politische Leitung favorisiert Deregulierungen und setzt sich über die Risiko-Analysen der Experten hinweg.“ Allerdings taten sich Hakluyt zufolge Unterschiede zwischen der Leitungsebene und den Wissenschaftler*innen auf: „Besonders, was Glyphosat angeht, gibt es starke Differenzen zwischen dem politischen und dem professionellen Personal.“ Schließlich erinnerte die CBG in ihrem Schreiben daran, dass sich schon die Glyphosat-Zulassung im Jahr 1974 unter denkwürdigen Umständen vollzogen hatte. Die EPA überkamen nämlich Zweifel an dem von MONSANTO eingereichten toxikologischen Gutachten, weil die von dem Unternehmen damit beauftragte Firma durch Fälschungen im Dienste ihrer Kund*innen aufgefallen war. Darum forderte sie eine neue Studie ein. Diese bescheinigte dem Mittel dann, Nierenkrebs auslösen zu können. Die Umweltbehörde reagierte 1985 und führte das Herbizid fortan als „potenziell krebserregend für Menschen“. Aber MONSANTO gab sich nicht geschlagen. Der Konzern behauptete, seinen Fachleuten seien bei dem Tierversuch Fehler unterlaufen – und kam damit durch. Er nutzte einfach seinen guten Draht zur damaligen Regierung unter Ronald Reagan, und auf deren Druck hin musste die Agency die Krebs-Klassifikation rückgängig machen. Diese Wahrheiten mochte die FAZ ihren Leser*innen jedoch nicht zumuten. Sie druckte den Brief der CBG nicht ab.

75 Jahre Auschwitz-Befreiung

Am 27. Januar 2020 jährte sich die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Sowjet-Armee zum 75. Mal. Das Datum fand große publizistische Aufmerksamkeit. Allerdings kam dabei kaum zur Sprache, in welchem Maße der Leverkusener Multi als Teil der IG FARBEN an dem Massenmord mitwirkte. Die Lieferung von Zyklon B für die Gaskammern, das konzern-eigene KZ, das Zwangsarbeiter*innen-Regime – all das fand keine Erwähnung. Lediglich eine Dokumentation auf *Arte* widmete sich den Menschenversuchen an KZ-Häftlingen, welche die seit 2006 zu BAYER gehörende Firma SCHERING in Auftrag gegeben hatte. Die ARD-Sendung *Börse im Ersten* konzedierte zwar: „Das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte hat auch viel mit der deutschen Wirtschaft zu tun“ und führte als Beispiel die IG FARBEN an, „deren Nachfolger BASF, BAYER und HOECHST hießen“, sah das Thema aber als erledigt an. „Die genannten Unternehmen haben die Notwendigkeit der Aufarbeitung ihrer Geschichte erkannt und Historiker mit deren Erforschung beauftragt“, hieß es lapidar. Das hat BAYER mitnichten getan, und auch sonst hat der Agro-Riese nichts unversucht gelassen, um diesem dunkelsten Kapitel seiner Geschichte auszuweichen. Das stellte die Pressemitteilung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN zu dem Gedenktag klar. „Der BAYER-Konzern entzieht sich konsequent seiner historischen Verantwortung und verweigert den Zwangsarbeiter*innen und ihren Nachkommen die Entschuldigung. Im vergangenen Dezember ist Kanzlerin Angela Merkel das erste Mal nach Auschwitz gereist, um den Opfern der NS-Tötungsmaschinerie ihren

Respekt zu erweisen. Es wäre an der Zeit für den Vorstand von BAYER, es ihr gleichzutun“, hielt die Coordination fest.

FRAG DEN STAAT schreibt Offenen Brief

Das „Bundesinstitut für Risiko-Bewertung“ (BfR) lässt nichts unversucht, um Glyphosat am Markt zu halten. Erst stellte es dem umstrittenen Herbizid eine aus Industrie-Unterlagen zusammengeklaupte Unbedenklichkeitsbescheinigung aus. Und dann ging das BfR auch noch gerichtlich gegen die Veröffentlichung ihrer Expertisen zu dem Mittel vor. So verklagte das Bundesinstitut die Initiative FRAG DEN STAAT im Frühjahr 2019 wegen „Verletzung des Urheberrechts“, weil die Organisation unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz ein Gutachten der Behörde angefordert und online gestellt hatte. Das 6-seitige Dokument, gegen dessen Publikation sich das Bundesinstitut sträubt, spielt eine Schlüsselrolle im wissenschaftlichen Streit um Glyphosat. Im Jahr 2015 bewertete die „Internationale Agentur für Krebsforschung“ (IARC) der Weltgesundheitsorganisation das Pestizid als „wahrscheinlich krebserregend“ und setzte sich damit von der BfR-Einschätzung ab. Die Politik sah Klärungsbedarf, und das Bundesinstitut fertigte daraufhin eine Ergänzung ihres Prüfberichtes an. Die Kurzfassung dieses „Addendum I“ ging dann als Handreichung an das Bundeslandwirtschaftsministerium – und enthält offenbar so brisantes Material, dass das „Bundesinstitut für Risiko-Bewertung“ dieses lieber unter Verschluss halten möchte. Das Landgericht Köln hatte jedoch Form-Fehler bei der Zustellung der einstweiligen Verfügung ausgemacht und entschied aus diesem Grund zu Gunsten von FRAG DEN STAAT. Das BfR lässt jedoch nicht locker und führt den Rechtsstreit weiter. Darum schrieb die Initiative gemeinsam mit den beiden Journalist*innen-Vereinigungen DJU und DJV, REPORTER OHNE GRENZEN und WIKIMEDIA DEUTSCHLAND einen Offenen Brief an Bundesjustizministerin Christine Lambrecht. Darin forderten die Unterzeichner*innen die SPD-Politikerin dazu auf, das Bundesinstitut zur Ordnung zu rufen und dafür zu sorgen, dass „diese Art taktischer Zweckentfremdung legitimer urheberrechtlicher Schutz-Mechanismen“ künftig unterbleibt. Auch die Jurist*innen Eva Inés Oberfell und Ronny Hauck kritisieren das Vorgehen des „Bundesinstituts für Risiko-Bewertung“ scharf. „Das Urheberrecht darf nicht zum Vehikel eines missverständlichen Geheimnisschutzes degradiert werden“, schrieben die beiden in der FAZ.

EZB verweigert Auskunft zu Anleihen

Zu einem Teil finanziert der BAYER-Konzern die Übernahme von MONSANTO durch Unternehmensanleihen (siehe auch ÖKONOMIE & PROFIT). Rund 19 Milliarden Euro an Kapital hat der Leverkusener Multi auf diese Weise schon eintreiben können. Dabei bekommt er freundliche Unterstützung von der Europäischen Zentralbank (EZB). Diese erweist nämlich seit einiger Zeit nicht nur Staats-, sondern auch Unternehmensanleihen. Sie begann mit ihrem Kauf-Programm im Juni 2016, um die zu diesem Zeitpunkt sinkenden Kurse zu stützen. Die Nachfrage aus Frankfurt reduziert nämlich die Zinsen, welche die Global Player den Käufer*innen zahlen müssen. Mittlerweile hält die EZB Papiere im Wert von 183 Milliarden Euro (Stand: Januar 2020). Die Journalistin Gaby Weber sieht in dem Erwerb von BAYER-Bonds, der ohne Risiko-Prüfung erfolgte, eine unzulässige Subvention des waghalsigen

MONSANTO-Deals. Darum verlangte sie genauere Auskünfte über die Anzahl der Anleihen vom Agro-Riesen, welche die Bank in ihrem Depot hält. Die EZB und die Deutsche Bundesbank weigerten sich jedoch, mit dieser Information herauszurücken. Zudem wiesen die beiden Häuser die Vorwürfe Webers zurück. So bezeichneten sie deren Aussage, „dass ‚ein großer Teil der BAYER-Anleihen von der Bundesbank mit EZB-Geldern gekauft‘ wurden“, als falsch. Zentral- und Bundesbank gingen vielmehr nach dem „Prinzip der Marktneutralität“ vor und achteten streng darauf, einzelne Unternehmen nicht über- oder unterzugewichten, hieß es in der Stellungnahme. Die Banker*innen räumten zwar ein, mit ihren Shopping-Touren die Finanzierungsbedingungen für die Firmen zu verbessern, bezeichneten dies jedoch nicht als das eigentliche Ziel der Maßnahmen. Dieses bestehe vielmehr darin, „eine drohende Deflation in der Eurozone abzuwenden“, so EZB und Bundesbank.

BUND für Pestizid-Verbote

Im Jahr 2019 hatte das PESTIZID AKTIONS-NETZWERK (PAN) eine Studie zu den deutschen Agrochemie-Exporten veröffentlicht. Von den 233 ins Ausland gelieferten Wirkstoffen stufte die Initiative 62 als hochgefährlich ein. 22 dieser Mittel sind auch in BAYER-Produkten enthalten. Sieben davon wiederum – Bendiocarb, Flubendiamide, Iprodion, Oxadiazon, Oxyfluorfen, Thiacloprid und Thiram – haben in der Bundesrepublik wegen ihres Gefährdungspotenzials gar keine Zulassung (mehr). Der BUND und die „Heinrich-Böll-Stiftung“ traten bei der Vorstellung der neuesten Ausgabe des Insekten-Atlas', der über die letzten Jahre ein nicht zuletzt durch Ackergifte verursachtes massives Artensterben dokumentiert, für ein generelles Verbot dieser Substanzen ein. „Pestizide, die in Europa aufgrund ihrer gesundheitsschädlichen oder gravierenden ökologischen Wirkung nicht mehr zugelassen sind, dürfen von deutschen Konzernen auch nicht länger in anderen Ländern vertrieben werden“, hieß es in ihrer Presseerklärung. Der Leverkusener Multi aber will davon nichts wissen und rechtfertigt die doppelten Standards mit fadenscheinigen Argumenten: „Auf der Welt herrschen unterschiedliche gesellschaftliche, wirtschaftliche oder auch klimatische Bedingungen. Daher unterscheiden sich mitunter auch die rechtlichen Rahmenbedingungen. Wir (...) verkaufen auf der ganzen Welt nur Pflanzenschutzmittel, von deren Sicherheit wir überzeugt sind.“

CBG schreibt CDP

5,45 Millionen Tonnen Kohlendioxid stieß BAYER im Geschäftsjahr 2018 aus – über 50 Prozent mehr als 2017. Daran störte sich aber die Rating-Organisation CDP, welche die Nachhaltigkeitsanstrengungen von Unternehmen bewertet, nicht groß. Sie führt den Leverkusener Multi auf ihrer „Climate A Liste“, die angeblich besonders klima-schonend agierenden Unternehmen vorbehalten ist. Nur 179 von über 8.000 begutachteten Konzernen finden sich darauf wieder. „Die A-Liste-Unternehmen geben im Markt die Richtung vor hinsichtlich Nachhaltigkeit, wie sie mit Umwelt-Risiken umgehen und die Grundlagen legen, auch zukünftig erfolgreich zu sein“, so CDP-Chef Paul Simpson. Der Global Player zeigte sich natürlich hochzufrieden über das Greenwashing. „Wir freuen uns sehr, dass wir seit 2005 ununterbrochen gute Bewertungen von CDP erhalten“, jubilierte der Vorstandsvorsitzende

Werner Baumann. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hingegen fragte bei der Rating-Firma nach, wie sie trotz der miesen Klima-Bilanz des Leverkusener Multis zu einem positiven Urteil kommen konnte. Eine Antwort erhielt sie nicht.

KAPITAL & ARBEIT

Manager*innen-Gehälter gedeckelt

Im Jahr 2017 hat die Europäische Union eine neue Richtlinie zum Aktionär*innen-Recht erlassen. Unter anderem befugt die Verordnung die Anteilseigner*innen, über die Gehälter der Manager*innen mitzuentcheiden. „Um sicherzustellen, dass die Aktionäre auch tatsächlich Einfluss auf die Vergütungspolitik nehmen können, sollten sie das Recht erhalten, eine Abstimmung mit verbindlichem oder empfehlenden Charakter über die Vergütungspolitik (...) durchzuführen“, hält die Richtlinie fest. Und zu den dabei auf den Hauptversammlungen anzulegenden Maßstäben heißt es: „Die Leistung von Mitgliedern der Unternehmensleitung sollte anhand sowohl finanzieller als auch nicht-finanzieller Kriterien, gegebenenfalls einschließlich ökologischer, sozialer und Governance-Faktoren, bewertet werden.“ Also ausdrücklich nicht bloß nach Profit-Kriterien. Ende 2019 hat der Bundestag die Richtlinie 2017/828 dann in bundesdeutsches Recht umgesetzt. Das „Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechte-Richtlinie“ (ARUG II) weist die Aufsichtsräte der Aktien-Gesellschaften an, künftig Obergrenzen für die Manager*innen-Bezüge festzulegen. Wenn den Aktionär*innen diese Limits zu sehr in den Himmel zu ragen scheinen, dürfen sie diese herabsetzen. In einer Bundestagsanhörung erklärte sich Dr. Tobias Brouwer vom „Verband der Chemischen Industrie“ (VCI), der Lobby-Organisation von BAYER & Co., grundsätzlich mit dem Paragrafen-Werk einverstanden. Er warnte bei einer Anhörung des Bundestagsrechtsausschusses jedoch davor, der Hauptversammlung noch mehr Rechte in Sachen „Manager*innen-Vergütung“ einzuräumen. „Dies würde zu mehr Einfluss-Gewinn auf Seiten der institutionellen Anleger und der vom wirtschaftlichen Risiko losgelösten Stimmrechtsberater führen“, mit diesen Worten gibt das Bundestagspressereferat die Einlassungen des VCI-Mannes wieder. Michael Kramarsch von der Vergütungsberatung HKP teilt Brouwers Sorge. Er sieht in der neuen Regelung laut FAZ vor allem ein Einfallstor für aktivistische Aktionär*innen mit Zerschlagungsinteresse: „Sie können künftig nicht nur mit Reden auf der Hauptversammlung für Tumult sorgen, sondern auch mit Gegenanträgen zur Obergrenze.“

Investoren müssen mehr offenbaren

Die neue EU-Richtlinie zum Aktionär*innen-Recht gibt den Anleger*innen die Befugnis, über die Vorstandsvergütung mitzuentcheiden (s. o.). Darüber hinaus nimmt sie aber auch die großen Finanzinvestoren und die Stimmrechtsberater*innen mehr in die Pflicht. „Die Finanzkrise hat gezeigt, dass Aktionäre die übermäßige kurzfristige Risiko-Bereitschaft von Managern in vielen Fällen unterstützt haben. Zudem liegen konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass die derzeitige ‚Überwachung‘ von Gesellschaften, in die investiert wurde, sowie das Engagement von institutionellen Anlegern und Vermögensverwaltern oft unzureichend und zu

stark auf kurzfristige Gewinne ausgerichtet sind“, heißt es zur Begründung. Für die Europäische Union ist dagegen ein „mittel- bis langfristiger Ansatz“ wichtig „für eine verantwortungsbewusste Vermögensanlage“. Deshalb verlangt Brüssel, dass „die institutionellen Anleger jährlich Informationen darüber offenlegen, wie die Hauptelemente ihrer Aktien-Anlagestrategie dem Profil und der Laufzeit ihrer Verbindlichkeiten entsprechen und wie diese Elemente zur mittel- bis langfristigen Wert-Entwicklung ihrer Vermögenswerte beitragen“.

IG FARBEN & HEUTE

Krefeld: Ter-Meer-Straße darf bleiben

Wie derzeit viele andere Städte in Deutschland überprüft auch Krefeld seine Straßennamen, weil diese viele Personen unverdient ehren. Auch Carl Duisberg steht dabei zur Disposition. Der langjährige BAYER-Generaldirektor war im 1. Weltkrieg nämlich verantwortlich für den Einsatz von Giftgas und die Ausbeutung von Zwangsarbeiter*innen war und hatte später einen maßgeblichen Anteil an der Gründung des Mörderkonzerns IG FARBEN. Noch hat das Stadtarchiv seine Arbeit nicht abgeschlossen, aber die Ter-Meer-Straße erhielt schon einmal den Persilschein. Sie ist nämlich nicht nach dem ehemaligen IG-Vorstandsmitglied Fritz ter Meer benannt, der in Auschwitz die Oberaufsicht über die Errichtung eines firmen-eigenen Werkes mit eigenem KZ-Außenlager für die Zwangsarbeiter*innen inne hatte, sondern nach seinem Vater Edmund. Ein entsprechender Hinweis auf dem Straßenschild dürfte bald folgen.

POLITIK & EINFLUSS

Neuer VCI-Präsident

Da ist Gefahr im Verzug: „Deutschlands drittgrößter Industrie-Zweig will politischer agieren und hat passend dazu einen seiner größten Taktiker zum Chef-Lobbyisten bestellt“, so kommentiert die FAZ die Bestallung von EVONIK-Chef Christian Kullmann zum Präsidenten des „Verbandes der Chemischen Industrie“ (VCI). „Die Kunst der Hinterzimmer-Politik“, welche die Zeitung dem Manager zuschreibt, will Kullmann auf den unterschiedlichsten Gebieten praktizieren. Unter anderem stehen kürzere Genehmigungsverfahren, weniger Unternehmenssteuern, Deregulierungen bzw. „Bürokratie-Abbau“ und mehr staatliche Investitionen in die Infrastruktur auf seiner Agenda. Ihm steht als VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup zur Seite, der bis 2019 bei BAYER für die Pflege der politischen Landschaft zuständig war und zu diesem Behufe auch lange der Bundesfachkommission „Umweltpolitik“ des CDU-Wirtschaftsrats vorsah.

Kohle-Ausstieg nach BAYER-Gusto

Frankreich, Großbritannien, Italien und Österreich wollen den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohle bis spätestens 2025 schaffen; Entschädigungen für die Betreiber der Drecksschleudern haben die Länder dabei nicht vorgesehen. In Bundesrepu-

blik zieht sich der Abschied dagegen bis 2038 hin und geht mit hohen Zahlungen an die Strom-Konzerne einher. 4,35 Milliarden Euro erhalten RWE und LEAG für den Stop des Tagebaus und das Abschalten ihrer Kraftwerke, obwohl sich diese teilweise längst amortisiert haben und also abgeschrieben sind. Zudem legten Merkel & Co. gegenüber den Empfehlungen der Kohle-Kommission noch einmal eine Schippe drauf. So darf zum Beispiel mit Datteln 4 ein neues Steinkohle-Kraftwerk ans Netz. Darüber hinaus verspricht die Große Koalition energie-intensiven Unternehmen wie BAYER eine Entlastung von eventuellen Zusatzkosten, „die durch die in diesem Gesetz geregelte Reduzierung und Beendigung der Kohle-Verstromung entstehen“. Der „Verband der Chemischen Industrie“ (VCI), der die ganze Arbeit am Paragrafen-Werk mit Warnungen vor einer Verteuerung der Energie begleitet und Rabatte gefordert hatte, zeigt sich damit jedoch nicht zufrieden. Dem Lobby-Club von BAYER & Co. sind die entsprechenden Passagen im Referent*innen-Entwurf zu unkonkret. „Insbesondere kritisiert der VCI eine mangelhafte Umsetzung der Kompensationsregelung für höhere Strompreise“, heißt es in seiner Presseerklärung. „Mit dem heutigen Gesetz federt die Bundesregierung zwar die sozialen Härten ab, die wirtschaftlichen Folgen blendet sie aber aus. Mehr Klimaschutz, wie ihn Politik und Industrie gleichermaßen anstreben, geht nicht mit immer teurerem Strom“, empört sich VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup, der lange für den Leverkusener Multi Einfluss-Arbeit in Berlin leistete. Auch Einschränkungen bei der Förderung der Stromerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplung, sofern diese auf Kohle als Energie-Träger basiert, behagen ihm nicht: „Der Hauptgeschäftsführer des Chemie-Verbandes hofft hier auf Verbesserungen im weiteren parlamentarischen Prozess.“ Sollte es zu diesen „Verbesserungen“ kommen, stände es um die CO₂-Reduktionspläne noch schlechter. Nach einem Gutachten des Prognos-Instituts reichen die beschlossenen Maßnahmen schon jetzt nicht aus, um das für 2030 anvisierte Ziel einer Absenkung der Kohlendioxid-Emissionen um 55 Prozent gegenüber dem Wert von 1990 zu erreichen. Auch die Industrie bleibt Prognos zufolge unter Plan: BAYER & Co. werden nach den Berechnungen der Forschungseinrichtung 143 Millionen Tonnen in die Luft blasen und damit drei Millionen Tonnen über dem ihnen zugestandenen Kontingent liegen.

Wiestler wg. BAYER in der Kritik

Otmar Wiestler ist ein Wissenschaftler, der stark auf Kooperation mit der Industrie setzt. Darum arbeitet BAYER gern mit ihm zusammen. Schon 2008 hatte der Leverkusener Multi eine Zusammenarbeit mit dem von Wiestler geleiteten „Deutschen Krebsforschungszentrum“ (DKFZ) vereinbart. „Das Deutsche Krebsforschungszentrum steht für exzellente Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Onkologie. BAYER SCHERING PHARMA verfügt über langjährige Erfahrung in der pharmazeutischen Entwicklung von Wirkstoffen. Die Bündelung der Stärken beider Partner erzeugt ein außerordentlich großes Potenzial entlang der Wertschöpfungskette“, erklärte der ökonomisch beschlagene Mediziner zur Vertragsunterzeichnung. Seit 2014 sitzt der Neuropathologe auch im Aufsichtsrat des Konzerns. 2015 wechselte er vom DKFZ zur Helmholtz-Gesellschaft, unter deren Dach sich 19 Forschungseinrichtungen zu einem Verbund zusammenge-

schlossen haben. Der Bundesrechnungshof zeigt sich mit der von ihm dort geleisteten Arbeit alles andere als zufrieden. Er moniert eine intransparente Mittel-Vergabe und eine fehlende Korruptionsprävention. Das ist aber noch nicht alles. „Für Kritik sorgt auch die enge Verbindung zwischen Wiestler und BAYER“, schreibt die FAZ. Seinen Dienstherren hat der geschäftstüchtige Mediziner darüber lange in Unkenntnis gelassen. So informierte er das „Bundesministerium für Bildung und Forschung“ (BMBF) viel zu spät über seinen mit 166.000 Euro üppig honorierten Aufsichtsratsposten beim Pharma-Riesen, obwohl es sich dabei um eine genehmigungspflichtige Nebentätigkeit handelt. LOBBY-CONTROL fordert das BMBF deshalb dazu auf, Konsequenzen zu ziehen: „Hier kann es potenziell zu Interessenskonflikten kommen, wenn es um Forschungsförderung mit Steuermitteln geht. Um gar nicht erst den Anschein einer Interessen-Verknüpfung aufkommen zu lassen, wäre es besser, solche Nebentätigkeiten nicht zu genehmigen. Dass hier offenbar Genehmigungen erst im Nachhinein erfolgten, ist problematisch.“ Wiestler sieht den Job beim Global Player dagegen als wichtig für sein Amt an. „Für den Leiter einer Forschungsorganisation ist es enorm wichtig, ein Netzwerk zu Entscheidungsträgern und Führungspersonlichkeiten aufzubauen“, meint er.

BAYER & Co. gegen Gewässer-Schutz

Der Leverkusener Multi verunreinigt die Gewässer durch seine Pestizide und die Einleitung seiner Produktionsrückstände massiv. Dementsprechend wehrt er sich in Tateinheit mit anderen Unternehmen gegen Umweltschutz-Maßnahmen. Als die Überprüfung der im Jahr 2000 verabschiedeten EU-Wasser-Rahmenrichtlinie anstand, forderte BAYERS Brüsseler Lobby-Verband „BusinessEurope“ eine Aufweichung der Bestimmungen – und das auch noch im Namen des Klimaschutzes. Nach Ansicht der Konzerne behinderte nämlich die Auflage, dass Bau-Projekte die Wasser-Qualität nicht trüben dürften, „industrielle Verbesserungen“. Glücklicherweise ließ die Europäische Union BAYER & Co. auflaufen. „Die Ziele der Richtlinie sind heute ebenso relevant wie zum Zeitpunkt ihrer Annahme, wenn sie nicht sogar noch an Bedeutung gewonnen haben“, hieß es im Abschlussbericht.

Antibiotika-Forschung nur gegen Geld

Die gängigen Antibiotika verlieren immer mehr an Wirkung und können gegen viele Krankheitskeime nichts mehr ausrichten. BAYER sieht allerdings keinen Handlungsbedarf. Der Global Player forscht ebenso wenig nach neuen Präparaten wie die anderen Großen der Branche. Für Big Pharma stellen Antibiotika nämlich keine große Einnahme-Quelle dar, weil die Mediziner*innen die Präparate nur über einen kurzen Zeitraum hinweg verordnen. „Wir müssen Geld verdienen mit unseren Produkten. Das führt dazu, dass nicht alle Medikamente entwickelt werden, die wir brauchen“, erläuterte der ehemalige Konzern-Chef Marijn Dekkers dem *Spiegel* einmal den Sachverhalt. Der Pillen-Riese hatte sich schon im Jahr 2005 aus der Antibiotika-Forschung verabschiedet. Sie wurde Opfer eines Strategie-Wechsels im Arznei-Geschäft, der den Leverkusener Multi dazu bewog, sich auf „High priority“-Projekte – also auf besonders viel Rendite versprechende Pharmazeutika wie z. B. Krebs-Mittel – zu konzentrieren. Als „Gelübde an den Kapital-Markt“ bezeichnete die *Börsen-Zeitung*

diese Entscheidung damals. Nur gegen Geld wollte die Aktiengesellschaft sich fortan in Sachen „Antibiotika“ noch an die Arbeit machen. Auch der von ihr gegründete „Verband der forschenden Arzneimittel-Hersteller“ (VFA) forderte immer wieder – und durchaus mit Erfolg – Subventionen ein. Und jetzt mahnt Thomas Cueni vom internationalen Pharma-Verband IFPMA noch mehr Steuer-Geld an. „Um das Problem wirklich anzugehen, braucht es dringend eine starke Bewegung, eine „Koalition der Willigen“ von Regierungen, Pharma-Industrie und Biotech-Unternehmen, die es sich zum Ziel macht, neue Wirtschaftsmodelle zu erproben, um das derzeitige Marktversagen in der Antibiotika-Forschung anzugehen“, schrieb er in einem Beitrag für die FAZ. Immerhin räumt der IFPMA-Generaldirektor ein Marktversagen ein.

Innovations- statt Vorsorge-Prinzip

BAYER & Co. behagt das Vorsorge-Prinzip nicht, da dessen prophylaktischer Ansatz nach Meinung der Konzerne der schnellen Zulassung ihrer neuen Produkte im Wege steht. Deshalb arbeiten die Multis auf EU-Ebene eifrig daran, ihm das Innovationsprinzip an die Seite zu stellen. Als „eine der aggressivsten Kampagnen, die Brüssel je gesehen hat“, bezeichnet der EU-Parlamentarier Sven Giegold die Aktivitäten der Unternehmen auf diesem Gebiet. Der Leverkusener Multi ist da natürlich ganz vorne mit dabei. „Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass die Menschen aus Angst vor Risiken die Chancen gar nicht erst wahrnehmen wollen“, mahnte einst etwa der ehemalige BAYER-Vorstandsvorsitzende Marijn Dekkers. Und sein Nachfolger Werner Baumann trägt den Stab weiter. So verlangt er, dass auf EU-Ebene „alle neuen Gesetze auf ihre Folgen für die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft sinnvoll überprüft werden müssen“. Und der Druck von Seiten der Industrie bleibt nicht ohne Wirkung. So gelang es ihr, das Innovationsprinzip Eingang in den neuen EU-Forschungsrahmenplan „Horizon Europe“ finden zu lassen. Auch in Ursula von der Leyens Entwurf zum „Green Deal“ schlüpfte der Begriff hinein. Das aber rief Proteste hervor. Darum heißt es in dem Dokument jetzt nur noch, dass „die neuen Technologien, die nachhaltigen Lösungen und die bahnbrechenden Innovationen wichtig für das Erreichen der Ziele dieses europäischen Green Deals sind“.

Brasilien: BAYER will Gebühren sparen

BAYER fordert in Brasilien die Senkung der Registrierungsgebühren für solche Pestizide, die bei selteneren Obst- und Gemüsearten zum Einsatz kommen. „Die Registrierungsbarrieren sind enorm“, klagte der brasilianische „BAYER CROPSCIENCE“-Chef Gerhard Bohne. Die hohen Kosten würden Innovationen bremsen, warnte der Manager auf einer Veranstaltung mit rund 90 Forscher*innen. Dafür, dass diese Worte Gehör fanden, hatte der Konzern selbst gesorgt. Auf seine Einladung hin besuchte eine Journalistin von *Globo Rural*, dem wichtigsten brasilianischen Medium für den Agrar-Bereich, die Konferenz und berichtete anschließend darüber.

Mehr Gentech im Saatgut?

Bisher dürfen in konventionell angebautem Saatgut überhaupt keine Spuren von gentechnisch veränderten Pflanzen zu finden sein. Es gilt die „Null Toleranz“-Regel. Diese möchten BAYER & Co. jetzt aushebeln und durch eine „technische Null“ ersetzen.

Bei den Futtermittel-Importen gelang ihnen eine solche Operation bereits: Im Februar 2011 setzte die EU einen Grenzwert von 0,1 Prozent fest. Die Konzerne führen rein praktische Gründe für ihr Begehren an. Verunreinigungen unterhalb der Schwelle von 0,1 Prozent wären nicht verlässlich nachweisbar, behaupten sie fälschlicherweise. Durch aufwendigere, sich auf mehr Proben stützende und deshalb teurere Verfahren können Wissenschaftler*innen solche Spuren nämlich sehr wohl entdecken. Und die 0,1 machen durchaus einen Unterschied, wie Stefanie Hundsdoerfer von der IG SAATGUT vorrechnet: Eine Tonne zu 0,1 Prozent verunreinigtes Raps-Saatgut macht 500 Gentech-Pflanzen pro Hektar und 50 bis 100 Millionen Gentech-Pollen!

CRISPR & Co.: Klöckner macht Druck

Die Agro-Multis betrachten die neuen Methoden zur Manipulation des Erbguts nicht als Gentechnik und wollen CRISPR/Cas & Co. deshalb keinen Zulassungsverfahren ausgesetzt sehen, denen sich die Labor-Früchte der ersten Generation stellen müssen. „CRISPR/Cas ist ein rein natürlicher Prozess (...) Es ist etwas, das genauso in der Natur passieren könnte. Wissenschaftler sind jetzt in der Lage, diese natürlichen Vorgänge nur zu beschleunigen“, sagt etwa der Forschungsleiter von BAYER CROPSCIENCE, Adrian Percy. Viele WissenschaftlerInnen und Initiativen indes teilen diese Meinung nicht. Sie halten eine detaillierte Prüfung der Techniken für angebracht, nicht bloß wenn sie fremdes Erbgut in den Organismus einschleusen, sondern auch, wenn sie „nur“ kleine DNA-Sequenzen mit im Gepäck haben, welche die Zellen veranlassen, selbst die entsprechenden Veränderungsprozesse – sogenannte Mutagenesen – einzuleiten. Der Europäische Gerichtshof teilt diese Auffassung. 2018 kam er in einem Grundsatz-Urteil zu dem Schluss, „dass sich die mit dem Einsatz dieser neuen Mutagenese-Verfahren verbundenen Risiken als vergleichbar mit den bei der Erzeugung und Verbreitung von GVO im Wege der Transgenese auftretenden Risiken erweisen könnten“. BAYER und die anderen Konzerne schlugen sofort Alarm, ganz so, als ob die Richter*innen die Gen-Schnippeleien ganz verboten hätten. Und Beistand erhalten die Unternehmen nicht nur von der Trump-Administration (s. u.), sondern auch von Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU). Im Rahmen ihrer im Dezember 2019 vorgelegten „Ackerbau-Strategie“ will sie bis 2035 „die europäischen Vorgaben so angepasst haben, dass beispielsweise der Einsatz von CRISPR/Cas-Methoden rechtssicher in Europa erfolgen kann.“

Trump ist für BAYER sein Geld wert

Der US-amerikanische Präsident Donald Trump kann sich der großzügigen Unterstützung von Seiten BAYERs immer gewiss sein. Allein im Zuge der letzten Zwischenwahlen im Herbst 2018 spendete der Konzern der republikanischen Partei 400.000 Dollar. Und die Investition zahlt sich aus, nicht nur wegen der Unternehmenssteuer„reform“, die den Firmen rund 1,5 Billionen Dollar an Abgaben erspart. So schaltete die US-amerikanische Regierung sich in den Prozess des Glyphosat-Geschädigten Edwin Hardeman ein und forderte das Gericht auf, das zu Lasten des Leverkusener Multis gehende erstinstanzliche Urteil aufzuheben. Zudem zwang sie Thailand, ein erlassenes Glyphosat-Verbot wieder aufzuheben. Darüber hinaus wollen Trump & Co. die

Genehmigung von gentechnisch veränderten Produkten vereinfachen. Auch eine Veränderung des Artenschutz-Gesetzes steht an. Die Republikaner*innen planen, die Liste der bedrohten Tiere zu fleddern und überdies Behörden zu erlauben, Neu-Aufnahmen an eine Wirtschaftlichkeitsprüfung koppeln: Wenn der Schutz einer vom Aussterben bedrohten Spezies ökonomischen Schaden für die Unternehmen zu verursachen droht, können die Maßnahmen künftig unterbleiben. Die Wasserschutz-Gesetzgebung Barack Obamas musste ebenfalls dran glauben. Trumps „Navigable Waters Protection Rule“ gibt Farmer*innen und Landeigner*innen die Lizenz, Pestizide, Düngemittel und andere Giftstoffe direkt in die Gewässer einzuleiten. Überdies übt das Weiße Haus Druck auf die EU-Kommission aus, die neuen Verfahren zur Manipulation des Erbguts wie etwa CRISPR/Cas9 nicht länger auf Basis des Grundsatz-Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 25. Juli 2018 als Gentechnik anzusehen (s. o.) und mit den entsprechenden Zulassungsaufgaben zu versehen. Das Votum würde „unberechtigterweise neue Technologien stigmatisieren“, kritisiert etwa Landwirtschaftsminister Sonny Perdue. Darum drängte er bei einem Besuch in Brüssel auf einen liberaleren Umgang mit CRISPR & Co.

Wirtschaftswoche hofiert Hartwig

BAYERs langjähriger Chef-Jurist Roland Hartwig sitzt heute für die AfD im Bundestag und gehört zu den vier stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion. Für die *Wirtschaftswoche* ist er „einer der wenigen früheren Top-Manager im Parlament“. Darum kennt die Zeitschrift auch keinerlei Berührungängste. Sie befragte Hartwig zu den aktuellen Glyphosat-Verfahren, denn der AfDler musste sich in seiner Amtszeit beim Leverkusener Multi mit ganz ähnlichen Rechtsstreitigkeiten befassen. „Diese großen Prozesse waren natürlich immer Chefsache und lagen bei mir“, teilt er dem Journalisten nicht ohne Stolz mit. Zu den größten dieser großen Prozesse gehörten diejenigen um den Cholesterin-Senker LIPO-BAY. Nach 31 durch das Medikament verursachten Todesfällen hatte die US-amerikanische Gesundheitsbehörde FDA im Sommer 2001 den „dringenden freiwilligen Rückzug“ angeordnet, was eine Welle von juristischen Auseinandersetzungen um Schadensersatz auslöste. Der *Wirtschaftswoche* zufolge zeigte sich der Rechtsausleger dem gewachsen: „Auch nach Ansicht von Branchen-Kollegen befriedete Hartwig die Klagen professionell und gut“ – will sagen: kostengünstig für BAYER. In Deutschland etwa bot der Konzern den Geschädigten schlappe 2.000 bis 3.000 Euro als Kompensation an.

Kanzleramt vs. Lieferketten-Gesetz

Die Lieferketten BAYERS im Pharma-Bereich erstrecken sich über den gesamten Globus. So bezieht der Leverkusener Multi Arznei-Grundstoffe aus Indien und China, wo hunderte Firmen zu Schnäppchen-Preisen für den Weltmarkt fertigen, was verheerende Folgen für Mensch, Tier und Umwelt hat. In anderen Branchen kommt es im Zuge der Globalisierung zu ähnlichen Phänomenen. Darum erkannten die Vereinten Nationen bereits im Jahr 2011 Handlungsbedarf und hielten ihre Mitgliedsländer dazu an, Maßnahmen zu ergreifen. Die Bundesregierung sah dabei erst einmal davon ab, übermäßigen Druck auf die Konzerne ausüben. „Sozial- und Umweltstandards in nachhaltigen Wertschöpfungs-

ketten können am besten durch eine intelligente Verknüpfung freiwilliger und verbindlicher Ansätze gestärkt werden („smart mix“), meint die Große Koalition. Zu diesem Behufe hob sie den Nationalen Aktionsplan (NAP) aus der Taufe. In dessen Rahmen erfragten CDU und SPD bei den Firmen, ob – und wenn ja – in welcher Form sie entlang ihrer weltumspannenden Lieferketten die Einhaltung der Menschenrechte gewährleisten. Von den Antworten wollten Merkel & Co. dann ihr weiteres Vorgehen abhängig machen. Der Befund fiel ernüchternd aus. Erst einmal schickten überhaupt nur 464 von 3.000 angeschriebenen Unternehmen den Fragebogen zurück, und von diesen erfüllte zudem nur jedes fünfte die sozialen und ökologischen Standards. „Das Ergebnis zeigt eindeutig: Freiwilligkeit führt nicht zum Ziel“, resümierte Entwicklungshilfe-Minister Gerd Müller (CSU) und konstatierte: „Wir brauchen einen gesetzlichen Rahmen“. Erste Eckpunkte dazu wollte er gemeinsam mit Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) am 10. März 2020 vorstellen. BAYER & Co. liefen Sturm und fanden Gehör bei der Politik. Auf Intervention des Kanzleramtes hin wurde der Termin abgesagt.

Lobbyist*in gesucht

Einen guten Einblick in die umfassende Einfluss-Arbeit der BAYER-Lobbyist*innen bietet eine Stellenanzeige, mit welcher der Konzern für sein Berliner Verbindungsbüro eine Verstärkung im Feld „Agrar-Politik“ sucht. Zum Aufgabenbereich des „Director Public Affairs - Agricultural Policy (m/w/d)“ gehört der Annonce zufolge beispielsweise die „Positionierung hochrangiger Vertreter und Vertreterinnen des Unternehmens bei politischen Entscheidungsträgern, Meinungsbildnern und Gremien“. Auch die „Beobachtung und frühzeitige Berichterstattung politischer Entwicklungen mit Relevanz für das Agrar-Geschäft des Konzerns und Ergreifung von Maßnahmen für eine frühzeitige Positionierung des Unternehmens im Rahmen politischer Prozesse“ gehört zum Anforderungsprofil. Ein grünes Händchen müssen die Bewerber*innen ebenfalls haben, um BAYER auf der politischen Bühne der Hauptstadt als „nachhaltigkeitsorientiertes Unternehmen“ inszenieren zu können. Und natürlich verlangt der Global Player kommunikative Fähigkeiten, ist doch die „Pflege und Erweiterung des Netzwerkes zu Stakeholdern im Bereich der Agrar- und Umweltpolitik (...) in allen für Crop Science relevanten politischen Bereichen auf Bundesebene sicherzustellen“ – namentlich zu „hochrangigen Vertretern relevanter Interessensgruppen (Politik, Organisationen der Lebensmittel-Kette, NGO, Wissenschaft usw.)“.

PROPAGANDA & MEDIEN

Neuer PR-Profi

Die Glyphosat-Krise mit ihren Zehntausenden von Schadensersatz-Prozessen hat BAYERs PR-Bedarf enorm steigen lassen. Nachdem der Leverkusener Multi im vergangenen Jahr mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten von BÜNDNIS 90/Die Grünen, Matthias Berninger, bereits einen Mann fürs Grüne verpflichtet hatte, nahm er jetzt einen Mann für Grobe unter Vertrag. „Um die Reputation zu verbessern, kommt jetzt einer der erfahrensten und effektivsten Lobbyisten des Gesundheitswesens: Max Mül-

ler“, kommentierte *DAZ.online*. Während Matthias Berninger sich beim Global Player um die „Public Affairs“ kümmert, die in Washington so anfallen, antichambriert Müller künftig in Berlin und in Brüssel. Der Konzern warb ihn von der Versand-Apotheke DOCMORRIS ab, der Müller gute Dienste geleistet hatte. So schaffte es der Jurist zwar nicht, das Fremdbesitz-Verbot für Apotheken zu kippen und dem Online-Handel mit Medikamenten die Gewährung von Rabatten zu ermöglichen, aber immerhin gelang es ihm, eine Reihe von Politiker*innen unterschiedlicher Parteien für seine Agenda zu gewinnen. Besonders gute Kontakte hat der PR-Profi zu Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Beide lernten sich bei dem von Müller gemeinsam mit dem Journalisten Martin S. Lambeck ins Leben gerufenen Gesprächskreis „Politik und Wein“ kennen und kamen bald miteinander ins Geschäft. Mit der Beratungsagentur POLITAS machten sie ab 2006 Spahns gesundheitspolitische Kontakte zu Brot. „Wir hatten beide Lust, die Gesundheitsbranche ein bisschen aufzumischen“, so Max Müller. Spahn verlor daran erst den Spaß, als seine Beteiligung an POLITAS wegen der Vermengung von Politik und Geschäft massiv in die Kritik geriet: „Heute würde ich anders handeln.“

MONSANTO-Listen: Ein Grüner hakt nach

Jahrelang haben die PR-Agenturen FLEISHMAN HILLARD und PUBLICITIS für die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO mit Geheimdienst-Methoden daran gearbeitet, der Produkt-Palette des Agro-Riesen im Allgemeinen und dem Pestizid Glyphosat im Besonderen zu einem besseren Image in der Öffentlichkeit zu verhelfen. Ein Hauptaugenmerk galt dabei dem Ziel, dem umstrittenen Herbizid Ende 2017 zu einer Verlängerung der EU-Zulassung zu verhelfen. Um ein positives Votum zu erreichen, gingen die Werbe-Strateg*innen systematisch vor. So legte FLEISHMAN HILLARD im Zuge des Glyphosat-Genehmigungsverfahrens eine Liste mit 74 Namen an und ordnete die Personen in Kategorien wie „Verbündeter“, „möglicher Verbündeter“, „zu erziehen“ oder „im Auge behalten“ ein. Die ehemalige französische Umweltministerin Ségolène Royal bekam dabei beispielsweise das Etikett „überhaupt nicht beeinflussbar“ verpasst. Wer dagegen als beeinflussbar galt, der erhielt „Argumentationshilfen“ oder vorfabrizierte *Twitter*-Meldungen zu dem umstrittenen Herbizid. Der Leverkusener Multi indes will von einer solchen Praxis nichts wissen. Seiner Ansicht nach hat MONSANTO nur ein normales Media-Monitoring betrieben und öffentlich zugängliche Quellen nach für den Konzern relevanten Themen durchsucht. Personen gerieten dabei nicht ins Visier, bekundet die Aktien-Gesellschaft. Der Mindener Grünen-Abgeordnete Hartmut Teichmann machte da einmal die Probe aufs Exempel. Er fragte beim Global Player nach, was dieser oder MONSANTO denn von ihm so gespeichert hätten. „Erst auf hartnäckiges Nachfragen“ hin rückte BAYER mit den Informationen raus. So lag unter anderem ein Zeitungsartikel über zwei Info-Veranstaltungen mit Teichmanns Beteiligung vor. „Dort wurde weder die BAYER AG erwähnt, noch MONSANTO, nicht einmal das von BAYER produzierte Gift Glyphosat“, stellt der Lokalpolitiker fest. Das lässt nur einen Schluss zu: Er stand doch persönlich auf der „Fahndungsliste“. Als „nicht nur unterstes Niveau, sondern auch ein Armutszeugnis, das an Peinlichkeit kaum zu überbieten ist, bezeichnet Teichmann die „Negativ-Listen Andersdenkender“. Er forderte den Agrar-Riesen auf, die Ein-

träge zu seiner Person zu löschen, was das Unternehmen jedoch verweigerte.

BAYER unterstützt Dimadis weiterhin

Die britische Tageszeitung *The Guardian* hatte Ende 2019 enthüllt, wie der BAYER-Konzern versuchte, sich durch massive finanzielle Zuwendungen Einfluss auf die US-amerikanische „Foreign Press Association (FPA)“ zu erkaufen (*Ticker 1/20*). Er beabsichtigte dem Blatt zufolge, die Non-Profit-Organisation, die hauptsächlich Auslandskorrespondent*innen, andere Journalist*innen und PR-Fachleute zu ihren Mitgliedern zählt, zu nutzen, um das nicht zuletzt durch den MONSANTO-Deal angeschlagene Image des Unternehmens aufzupolieren. Zwei Manager*innen der US-amerikanischen BAYER-Dependance hatten mit dem FPA-Geschäftsführer Thanos Dimadis eine Absprache getroffen, wonach der Agro-Riese nach Zahlung eines bestimmten Betrags einen Sitz im Beirat der FPA erhalten sollte. Im Preis enthalten war auch die Möglichkeit des Agenda-Settings für die Foren, welche die FPA für ihre Mitglieder anbietet. Das gemeinsame Ausrichten einer Konferenz zum Thema „Fake News“ stand ebenfalls zur Debatte. Darüber hinaus plante Dimadis „Hintergrund-Briefings“ mit nationalen und internationalen Journalist*innen zu „Themen, die in BAYERs Kommunikationsprioritäten und strategische Ziele passen“, wie er in einer Mail an den Leverkusener Multi schrieb. Allerdings hatte Thanos Dimadis wichtige Entscheidungsträger*innen seiner eigenen Organisation nicht in den Deal mit dem Agro-Riesen eingeweiht. Deshalb starb das Projekt, als Dimadis die FPA verließ und sich mit der „Association of Foreign Correspondents in the United States“ selbstständig machte. Und seinen besten Kunden nahm er gleich mit. Der Leverkusener Multi überwies 50.000 Dollar als Anschubfinanzierung. Dimadis sei „ein unerschütterlicher Unterstützer der Pressefreiheit“, sagte BAYERs Öffentlichkeitsarbeiter Raymond F. Kerins zur Begründung. Die *taz* hatte den Global Player um eine Stellungnahme zu der ganzen Affäre gebeten, aber dieser reagierte „nur äußerst schmallippig auf Nachfragen“, wie die Berliner Tageszeitung feststellen musste.

BAYER Nr.1 im Nachhaltigkeits-DAX

Die Sorge um die Erd-Erwärmung hat jetzt auch die Finanzmärkte erreicht: Die Nachfrage nach grünen Investments steigt. Darum geriert sich mittlerweile selbst der BLACKROCK-Chef Larry Fink als Klima-Kümmerner. Und sogar den „DAX für das gute Gewissen“ (*FAZ*) gibt es nun. „Die DEUTSCHE BÖRSE hat für ihren Leit-Index eine Nachhaltigkeitsvariante aufgesetzt“, meldet die Frankfurter Zeitung. Und wer ist der Nachhaltigste im ganzen Land? BAYER. Ein Kohlendioxid-Ausstoß von 3,71 Millionen Tonnen standen der Positionierung ebenso wenig im Wege wie Glyphosat und andere Kleinigkeiten. Des Rätsels Lösung: Der Börsenwert bleibt das wichtigste Kriterium. „Ein Index, der die Aktien vornehmlich nach Nachhaltigkeitskriterien gewichtet hätte, sei nicht geeignet gewesen, zum neuen Standard-Programm für breite Anleger-Schichten zu werden“, gibt die *FAZ* die Worte von Stefan Fläger wieder, der bei der DEUTSCHEN BÖRSE das Index-Geschäft verantwortet. Und seine Kollegin Kristina Jeromin räumt dann auch ein, dass nicht jedes im Index vertretende Unternehmen „in allen Bereichen tiptop ist“.

BAYER finanzierte Klima-Leugner

BAYER investierte schon früh in den Schutz vor dem Klimaschutz. So gehörte der Global Player nach Recherchen der PLATTFORM FÜR AUTHENTISCHEN JOURNALISMUS (PAJ) zu den Multis, welche den holländischen Klima-Leugner Frits Böttcher zwischen 1989 und 1998 massiv finanziell unterstützten. Der Chemie-Professor, der einst dem „Club of Rome“ angehörte, die Erd-Erwärmung für einen „Mythos“ hielt und Kohlendioxid sogar als „gut für den Planeten“ erachtete, ließ sich seine verqueren Ansichten mit insgesamt rund 450.000 Euro vergolden. PAJ bat den Agro-Riesen um eine Stellungnahme zu dem Fall. Es sei „schwer“, zu dem Vorgang Stellung zu nehmen, verlautete daraufhin aus der Konzern-Zentrale, da sich in den Firmen-Archiven nichts mehr zu Böttcher finde. Im Übrigen strebe das Unternehmen aber an, bis zum Jahr 2030 klima-neutral zu werden, versicherte BAYER den Journalist*innen.

Fachgesellschaft muss zurückrudern

Der Leverkusener Multi sponsert die medizinische Fachgesellschaft „American Heart Association“ (AHA) mit Millionen-Beträgen. Für den Leverkusener Multi zahlt sich diese Investition aus. Bis vor kurzem war die AHA nämlich immer zur Stelle, wenn es galt, BAYERs „Tausendsassa“ ASPIRIN als Mittel zur Herzinfarkt-Prophylaxe zu preisen. Erst nach einer Studie des „American College of Cardiology“, die vor Hirn-Blutungen als Folge des ASPIRIN-Konsums warnte, änderte die Gesellschaft ihre Richtlinien. Aber auf gemeinsame Werbe-Auftritte mit dem Pharma-Riesen mochte die AHA immer noch nicht verzichten. So prankte auf den ASPIRIN-Aufstellern, mit denen der Global Player die Supermarkt-Kette WALMART bestückte, das Logo der „American Heart Association“. Erst als die Medien das Verhalten der Organisation skandalisierten, zeigte diese sich reumütig. „Das war ein Fehltritt“, so AHA-Sprecherin Suzanne Grant.

TIERE & VERSUCHE

117.995 Tierversuche

Der BAYER-Konzern selbst oder von ihm beauftragte Unternehmen führten im Jahr 2019 nicht weniger als 117.995 Tierversuche durch. Dabei rechnete der Global Player die Zahlen für die Sparte „Tiergesundheit“ schon heraus, weil er diese im letzten August an ELANCO verkauft hatte. 86,8 Prozent der „Test-Objekte“ waren Ratten und Mäuse, 6,5 Prozent Vögel, 3,5 Prozent Fische und 0,8 Prozent Hunde, Katzen oder Affen.

DRUGS & PILLS

BAYER-Mann im Charité-Aufsichtsrat

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wenig die Krankenhäuser auf so eine Situation vorbereitet waren. Mit dem Fallpauschalen-System gnadenlos einem Effizienz-Regime unterworfen, mussten viele Häuser aufgeben oder sich ihrem Privatisierungsschicksal ergeben. Auch lieferten sich die Hospitäler auf der Suche nach

Finanzierungsquellen immer mehr der Pharma-Industrie aus. Und der BAYER-Konzern nutzte die Gunst der Stunde und weitete seinen Einfluss aus. So stiftete er Lehrstühle an Universitätskliniken, ging mit ihnen Forschungsk Kooperationen ein und eroberte Sitze in den Hochschul-Räten. Erst im Februar 2020 zog der BAYER-Vorstand Stefan Oelrich gemeinsam mit vier weiteren Personen neu in den Aufsichtsrat der Berliner Charité ein. „Es ist uns gelungen, fünf exzellente Expertinnen und Experten für den Aufsichtsrat der Charité zu gewinnen. Ich danke Ihnen für ihre Bereitschaft, die Charité auf dem Weg zu einer der weltweit besten Uni-Kliniken zu begleiten, und freue mich auf unsere Zusammenarbeit“, zeigte sich der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) begeistert. Kritik übte hingegen die BUKO PHARMA-KAMPAGNE. „Kliniken, die zu 100 Prozent im Besitz des Landes Berlin sind, von einem Top-Manager eines privaten Pharma-Konzerns beaufsichtigen und beeinflussen zu lassen, scheint uns keine besonders brillante Idee“, erklärte die Initiative auf ihrer Internet-Seite. Der Pillen-Riese unterhält schon länger beste Beziehungen zu der Klinik. Er erforschte mit ihr gemeinsam geschlechtstypische Unterschiede bei der Wirkung von Arzneimitteln und leistete Ansbuch-Finanzierung für die Arzneimittel-Test GmbH. Auch erhielt die Karriere des Charité-Rheumatologen Dr. Andreas Radbruch durch die BAYER-Dozentur am Kölner „Institut für Genetik“ einen entscheidenden Schub. Sein Urologie-Kollege Kurt Miller verdingte sich derweil als medizinisches Mietmaul und machte für XOFIGO – das Prostata-Präparat des Leverkusener Multis – Reklame.

Mehr Lieferengpässe wg. Corona

Der Pharma-Markt hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. BAYER und andere große Unternehmen setzen mehr und mehr auf neue, patent-geschützte Pillen, da diese besonders viel Rendite versprechen. Bei ihrem nicht so viel Geld abwerfenden Alt-Sortiment rationalisieren die Konzerne hingegen nach Kräften. So beziehen sie Vor- und Zwischenprodukte zur Wirkstoff-Herstellung und manchmal auch die komplette Substanz zunehmend aus Schwellen- oder Entwicklungsländern wie Indien und China. Dort konzentriert sich die Fabrikation auf immer weniger Anbieter. Und wenn da einmal Störungen im Betriebsablauf auftreten, leiden Patient*innen auf der ganzen Welt unter den Lieferengpässen. Auf der aktuellen Fehl-Liste des „Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizin-Produkte“ (BfArM) findet sich nun schon zum wiederholten Mal das BAYER-Mittel NIMOTOP. Auch das Krebs-Präparat XOFIGO, das Herz/Kreislauf-Pharmazeutikum ADALAT, das Malaria-Medikament RESOCHIN, den Blutdruck-Senker BAYOTENSIN, das Kontrastmittel ULTRAVIST, das unter anderem bei der Akut-Behandlung von Herzinfarkten zum Einsatz kommende ASPIRIN i. v. 500 mg sowie die Johanniskraut-Arznei LAIF zur Behandlung milder Depressionen fehlten in den Apotheken schon. Für das Jahr 2019 verzeichnete das BfArM rund 270 Lieferengpässe. Heuer dürften es wegen der Corona-Krise noch mehr werden, denn ein Zentrum der globalen Pharma-Produktion befindet sich just im chinesischen Wuhan. Der Leverkusener Multi aber wiegelt ab. „Unsere Organisation und insbesondere unsere Produktionsbetriebe in den von der Corona-Epidemie am stärksten betroffenen Ländern arbeiten weitgehend normal, insbesondere die Pharma-Produktion und Patienten-Versorgung sind durch die COVID-19-Epidemie nicht beeinträchtigt, weil wir

für solche Situationen ausreichend Lager-Bestände angelegt haben“, lässt er verlauten.

Rote-Hand-Brief zu Gadolinium

BAYERs Röntgen-Kontrastmittel haben es in sich. Bei ihren Inhaltsstoffen handelt es sich nämlich um Abkömmlinge des Schwermetalls Gadolinium. GADOVIST enthält Gadobutrol, PRIMOVIST Gadoxet-Säure und MAGNEVIST Gadopentent-Säure. Diese Substanzen vermögen bei Nierenkranken eine Fibrose auszulösen, ein unkontrolliertes Wachstum des Bindegewebes. Zu den anderen in der Fachliteratur beschriebenen Risiken und Nebenwirkungen gehören Herzrhythmus-Störungen, Muskel-Zuckungen, Blutdruck-Schwankungen und Leberschäden. Eine spezielle Darreichungsform der Mittel, bei welcher der Wirkstoff in einer leichter auflösbaren Form vorliegt, mussten die Hersteller deshalb im Jahr 2018 aus dem Verkehr ziehen. Parallel dazu veranlassten die Gesundheitsbehörden BAYER & Co. damals, die Mediziner*innen in einem Rote-Hand-Brief vor einem allzu leichtfertigen Umgang mit den Pharmazeutika zu warnen. „Ärzte sollten gadolinium-haltige Kontrastmittel nur dann anwenden, wenn essentielle diagnostische Informationen mit einer Magnetresonanztomographie ohne Kontrast-Verstärkung nicht gewonnen werden können“, heißt es darin unter anderem.

Rote-Hand-Brief zu Kontrazeptiva

Im Jahr 2017 hatte die Universität Kopenhagen in einer Studie untersucht, ob Verhütungsmittel auf hormoneller Basis die Suizid-Gefahr erhöhen. Das Ergebnis war eindeutig. Das Risiko für Selbsttötungen steigt um den Faktor drei und das für Versuche um den Faktor 2 im Vergleich zu Frauen, welche keine Kontrazeptiva einnehmen. Darum veranlasste das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizin-Produkte“ (BfArM) BAYER & Co., den Ärzt*innen einen sogenannten Rote-Hand-Brief mit dem entsprechenden Warnhinweis zu schicken. Überdies ordnete das BfArM eine Änderung des Beipackzettels an. Dieser muss jetzt den Passus erhalten: „Manche Frauen, die hormonelle Verhütungsmittel anwenden, berichten über Depressionen und depressive Verstimmungen. Depressionen können schwerwiegend sein und gelegentlich zu Selbsttötungsgedanken führen.“ Kritik an der Maßnahme äußerten der „Berufsverband der Frauenärzte“ und die „Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe“. Sie warfen den Kopenhagener Wissenschaftler*innen „methodische Fehler“ vor und bezeichneten ihre Arbeit deshalb als „wertlos“. Dem Urteilsvermögen der Verbände dürften kleine Zuweisungen des Leverkusener Multis auf die Sprünge geholfen haben. Die Kongresse der beiden Organisationen hatte er im Jahr 2018 nämlich mit 19.800 bzw. 51.700 Euro gesponsert.

NEXAVAR löst Aneurysmen aus

BAYERs Medikament NEXAVAR mit dem Wirkstoff Sorafenib, das zur Behandlung von fortgeschrittenem Nieren- und Leberkrebs zugelassen ist, kann Aorten-Aneurysmen und -Dissektionen, also krankhafte Ausweitungen der Hauptschlagader verbunden mit der lebensbedrohlichen Gefahr eines Risses, auslösen. Zu diesem Ergebnis kam das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM). Auch STIVARGA – das andere Leberkrebs-Präparat des Leverkusener Multis – und weiteren sogenannten

VEGF-Hemmern attestierte das BfArM eine solche Nebenwirkung. Künftig müssen die Hersteller deshalb auf den Beipackzetteln vor diesem unerwünschten Arznei-Effekt warnen. Und im Fall von NEXAVAR droht dem Global Player vielleicht sogar noch mehr Unbill. Die Bundesbehörde prüft nämlich gerade, ob NEXAVAR die Haut-Krankheit AGEP, die mit pustelartigen Ausschlägen, Gesichtsschwellungen, Fieber und Blutbild-Veränderungen einhergeht, hervorzurufen vermag.

EMA überprüft ANGELIQ erneut

Im Jahr 2014 hatte die „Europäische Arzneimittel-Agentur“ (EMA) das BAYER-Produkt ANGELIQ (siehe auch WASSER, BODEN & LUFT) und andere, das Hormon Estradiol enthaltende Cremes überprüft. Der Wirkstoff des Mittels, das bei Wechseljahres-Beschwerden wie Scheiden-Trockenheit und Schmerzen beim Geschlechtsverkehr zum Einsatz kommt, steht nämlich in Verdacht, Thrombo-Embolien, Schlaganfälle und Gebärmutterkrebs auslösen zu können. Dies bestätigte sich bei der Untersuchung auch, weshalb die EMA die erlaubte Anwendungsdauer von ANGELIQ & Co. drastisch auf vier Wochen beschränkte. Ein Hersteller klagte jedoch gegen die Entscheidung und bekam im März 2019 Recht zugesprochen. Die Arznei-Behörde musste die Anordnung daraufhin aufheben und ein erneuten Prüf-Prozess einleiten.

Lizenz-Abkommen mit DARÉ

Das US-Unternehmen DARÉ forscht an einem Kontrazeptivum, das im Gegensatz zu den entsprechenden BAYER-Produkten ohne die allzu oft gesundheitsschädlichen Hormone auskommt. Bei dem Medizin-Produkt OVAPREN handelt es sich um einen Vaginalring, der auf zwei Arten verhüten soll: Er gibt die Wirkstoffe Eisen-Gluconat und Eisen-Ascorbat ab und fungiert darüber hinaus selber als Spermien-Barriere. Ein Mini-Test mit 38 Frauen zeigte der Firma zufolge positive Ergebnisse. Dem Leverkusener Multi reichte das, um ein Lizenz-Abkommen mit DARÉ zu schließen. 20 Millionen Dollar zahlte der Konzern vorab, insgesamt stellte er seinem Vertragspartner bei einer erfolgreichen Karriere von OVAPREN Zahlungen von bis zu 310 Millionen Dollar plus Lizenz-Gebühren in Aussicht.

BAYER erforscht Lungen-Krankheiten

Der Leverkusener Multi hat in den USA mit dem „Brigham and Women's Hospital“ und dem „Massachusetts General Hospital“ eine Kooperationsvereinbarung zur Erforschung von Lungen-Leiden geschlossen. 30 Millionen Dollar investiert der Pharma-Riese in das Projekt. Vor allem erhofft er sich von dem Verbund neue Erkenntnisse zur Behandlung der chronisch obstruktiven Lungenerkrankung (COPD) und der idiopathischen Lungen-Fibrose (IPF). Bei der COPD verengen sich die Atemwege, weshalb es zu einer chronischen Entzündung der Bronchien und einer Zerstörung von Lungengewebe kommt. Bei einer IPF tritt eine Vernarbung des Lungengewebes auf, was zu Atemnot führt.

Krebs-Impfstoff aus Stammzellen

Bei der Suche nach Krebs-Impfstoffen setzt BAYER auf „induzierte Pluripotente Stammzellen“ (iPSC), welche die Wissenschaftler*innen durch eine „Rückprogrammierung“ nor-

maler Körperzellen gewinnen (siehe IMPERIUM & WELTMARKT). Darum hat der Konzern einen Vertrag mit der Biotech-Firma KHLORIS abgeschlossen. Das Unternehmen will für den Leverkusener Multi ein Serum auf iPSC-Basis entwickeln, das die Immun-Abwehr gegen Krebs-Zellen in Anschlag bringt. Der Pharma-Riese plant, dieses sowohl prophylaktisch als auch zur Behandlung von Tumor-Patient*innen anzuwenden. Die Arbeiten befinden sich zurzeit allerdings noch in einem sehr frühen Stadium.

Krebs-Therapeutikum aus Stammzellen

Über den Deal mit KHLORIS hinaus (s. o.) setzt BAYER noch auf eine weitere Krebs-Behandlungsmethode auf der Basis von „induzierten Pluripotenten Stammzellen“ (iPSC). Der Leverkusener Multi beteiligt sich mit 250 Millionen Dollar an dem Unternehmen CENTURY THERAPEUTICS. Ähnlich wie KHLORIS will die Firma das Immunsystem mit Hilfe von iPSC-Zellen auf Tumore ansetzen.

Immunologische Krebs-Therapie

Es gibt zahlreiche neue Ansätze in der Krebs-Behandlung, die auf Erkenntnissen aus der Immunologie gründen (s. o.). So will das Unternehmen PYXIS ONCOLOGY eine Immun-Therapie auf der Basis von solchen Antikörpern entwickeln, die auf die besondere Biologie der Zellen im Tumor-Inneren reagieren können. Der BAYER-Konzern hält das für aussichtsreich. Er investierte 22 Millionen Dollar in die Firma und ist damit ihr Haupt-Geldgeber.

AGRO & CHEMIE

Datenleck bei FieldView

Die Digitale Landwirtschaft sammelt mit Hilfe von Drohnen, Sensoren und Satelliten-Bildern Informationen über das Wetter, die Bodenbeschaffenheit, Pflanzenkrankheiten und Schadinsekten. Damit will BAYER den Landwirt*innen zu besseren Ernte-Erträgen verhelfen. Dieses Versprechen hat der Leverkusener Multi allerdings bisher nicht eingelöst, während er sich unterdessen immer mehr zum Big Brother entwickelt. Die wirtschaftliche Basis auch der digitalen Acker-Ökonomie bilden nämlich die Daten. Und der Global Player besitzt jede Menge davon, seit er mit der Übernahme des MONSANTO-Konzerns auch Zugriff auf dessen Gesellschaft für die Landwirtschaft 2.0 – die CLIMATE CORPORATION mit ihrer CLIMATE FIELDVIEW-Plattform – erhielt. Trotzdem zeigt das Unternehmen sich weiter unersättlich. „Wie bei jedem digitalisierten Geschäftsmodell braucht man eine bestimmte Menge an Daten, um die Algorithmen treffsicherer zu machen. Wir sind deswegen gerade dabei, unsere Produkte zu verbessern und noch mehr Daten zu sammeln, damit wir den Landwirten gute Handlungsempfehlungen geben können“, erklärt BAYERs Agro-Chef Liam Condon. Dabei reichte der Bestand schon in der MONSANTO-Ära zeitweilig dafür aus, so viel Speicherplatz in der AMAZON-Cloud in Beschlag zu nehmen wie kein anderes Unternehmen. Dementsprechend fürchten sich viele Bauern und Bäuerinnen davor, ihre Höfe von der Industrie bis zur letzten Ackerkrume durchleuchten zu lassen. Aber der Agro-Riese beruht: „Wir wollen keine Daten-Krake der Landwirtschaft werden.“

Wie wenig solche Beteuerungen wert sind, zeigte jetzt ein Vorfall in den USA. Dort ging die CLIMATE CORPORATION eine Partnerschaft mit der Firma TILLABLE ein, die eine Handelsplattform für Ackergrund betreibt. Bereits unmittelbar nach der Vereinbarung der Kooperation erhielten dann Landwirt*innen dann unmoralische Angebote für ihr Farmland. Das stellte die Daten-Sicherheit von FieldView in Frage und trug BAYER einen massiven Shitstorm ein. Schließlich zwang der Vorfall den Agro-Riesen, den Vertrag mit TILLABLE zu kündigen.

BAYERs neues Preis-Modell

Mit der digitalen Landwirtschaft will der Leverkusener Multi auch betriebswirtschaftlich anders operieren. Cropsience-Chef Liam Condon zufolge geht es jetzt nicht mehr darum, „so viel Liter Chemie zu verkaufen wie möglich“. Ein Teil dieses neuen Ansatzes ist das gerade in einem Pilot-Versuch getestete „outcome-based pricing“. Mit ihm koppelt der Konzern das, was er den Landwirt*innen für Agro-Chemikalien und andere Produkte berechnet, an das Ergebnis der Ernte. Liegt dieses über dem, den BAYERs Plattform für den Ackerbau 4.0, „FieldView“, auf der Basis von Daten zur letzten Ernte sowie zum Klima, zum Pestizid-Einsatz, zur Boden-Beschaffenheit und zu anderen Einfluss-Faktoren prognostiziert, müssen die Farmer*innen das Unternehmen am Gewinn beteiligen; im umgekehrten Fall zahlt der Global Player. Viele Landwirt*innen beobachten den Vorstoß des Unternehmens jedoch trotz der Aussicht auf Risiko-Absicherung mit Misstrauen. „Auf den ersten Blick scheint es ein typisches Konzern-Geschäftsmodell zu sein“, sagt etwa Doug Sombke von der Farmer*innen-Vereinigung NFU. Er sieht die Gefahr, durch eine solche Bindung an BAYER in Abhängigkeit zu geraten und Pestizide, Saatgut & Co. nur noch vom Global Player beziehen zu dürfen. Sein Kollege Simon Ellis teilt diese Einschätzung. „Ich fürchte, meine angestammten Einkaufsoptionen zu verlieren und habe auch keinen Einblick in die Art und Weise ihrer Berechnungen“, sagt er. Die Ängste, sich der Aktien-Gesellschaft durch das System komplett auszuliefern, sind nur allzu berechtigt. Das „outcome-based pricing“ funktioniert nämlich nur in Kombination mit „FieldView“. Aber noch aus einem anderen Grund gehen Bauern und Bäuerinnen auf Distanz: Sie schreiben ein gedeihliches Wachstum auf den Feldern eher eigenen Künsten zu als denen BAYERs – etwa ihren Techniken der Bewässerung oder der Boden-Bearbeitung – und sehen nicht ein, warum der Agro-Riese davon profitieren sollte.

Immer mehr Resistenzen

Durch den Dauer-Einsatz von Pestiziden auf den Acker-Flächen bilden immer mehr Wild-Pflanzen Resistenzen gegen die Mittel aus. So trotz der *Amaranthus palmeri* in den USA nicht nur zunehmend dem Wirkstoff 2,4-D, sondern auch den in BAYER-Produkten enthaltenen Substanzen Glyphosat und Dicamba.

Nr. 2 in Brasilien

Neben den USA bietet Brasilien weltweit den größten Absatz-Markt für Pestizide. Den höchsten Umsatz dort machte im Jahr 2018 SYNGENTA mit zwei Milliarden Dollar. BAYER folgte auf Platz 2 mit 1,685 Milliarden, eine Steigerung von 62,6 Prozent gegenüber 2017.

Keine bessere Ernte durch Neonicotinoide

Die EU hat Pestizid-Inhaltsstoffe aus der Gruppe der Neonicotinoide im Jahr 2018 wegen ihrer bienenschädlichen Effekte verboten. In den meisten anderen Ländern der Welt dürfen sich Produkte wie BAYERs Saatgutbehandlungsmittel PONCHO (Wirkstoff: Clothianidin) jedoch weiterhin auf den Feldern tummeln. Dabei bringen sie den Landwirt*innen kaum Vorteile. Nach einer Untersuchung der US-amerikanischen Perdue University sorgen die Mittel nur in geringem Maße für höhere Soja-Ernten. Liegt der durchschnittliche Ertrag bei 60 Bushel (1 Bushel = 35,2 l) pro Acre (1 Acre = 0,4 ha), so können die Farmer*innen mit PONCHO & Co. lediglich 0,9 Bushel mehr einfahren. Dem Studienleiter Christian Krupke zufolge machen sich die Blattläuse nämlich erst in der Mitte der Wachstumsperiode so richtig ans Werk, und da haben Wind und Wetter von der Agrochemie-Ummantelung der Sojabohne schon nicht mehr viel übrig gelassen.

GENE & KLONE

Gentech-Soja schädigt Ratten

Obwohl es bereits genügend Beweise für die schädigende Wirkung von Gen-Pflanzen gibt, unternehmen Wissenschaftler*innen unnötigerweise immer noch neue Tier-Versuche. So haben Forscher*innen Ratten mit verschiedenen Arten von Soja gefüttert, mit gentechnisch verändertem, konventionell angebautem und mit einer Mischung aus beidem. Der BAYER-Soja der Marke ROUNDUP READY, den Gentechniker*innen im Labor mit einer Resistenz gegenüber Glyphosat ausgestattet haben, führte dabei zu einer Veränderung im Blut-Bild der Tiere. Diese wiesen erhöhte Triglycerid- und Lactatdehydrogenase-Werte auf, was auf Nieren- und Zell-Schädigungen hinweist. Vereinzelt kam es auch zu Veränderungen in der Struktur von Organen.

Viel Gentech in Lebensmitteln

Das Land Baden-Württemberg hat im Jahr 2018 Lebensmittel auf Gentech-Spuren untersucht. In 33 von 587 Proben wurden die Kontrolleur*innen fündig. Am häufigsten betrafen die Kontaminationen Soja-Produkte. 30 von 187 wiesen Verunreinigungen auf. Meistens stießen die Lebensmittel-Überwacher*innen dabei auf die glyphosat-resistenten BAYER-Sorten GTS 40-3-2 oder MON89788 – gerne auch gleichzeitig. Und der Gen-Mais MON810 suchte sogar Chips aus Bio-Mais heim. Zu Überschreitungen des Grenzwertes von 0,9 Prozent kam es allerdings in keinem Fall.

Auch das noch: Gentech-Pestizide

Der Leverkusener Multi bestückt seine Gen-Pflanzen seit einiger Zeit mit doppelsträngiger Ribonukleinsäure (dsRNA), die seine Biolog*innen aus Zellen isoliert haben. So ist etwa der BAYER-Mais MON87411 unter anderem auch mit DvSnf7 dsRNA ausgestattet, um sich des Maiswurzelbohrers zu erwehren (siehe *SWB* 2/19). Die Molekül-Kette zieht Enzyme im Magen des Insekts an und spaltet diese in siRNA auf, was dann ein für das Tier überlebenswichtiges Protein blockiert. Aber Wissenschaftler*innen zufolge vermag die RNA auch den Magen von Säugetieren heim-

zuzusuchen. „Es ist plausibel, dass die im Mais MON87411 produzierte dsRNA direkt mit der Darmflora interagieren kann“, warnt deshalb TESTBIOTECH. Da es die Gentechnik jedoch in unseren Landen nicht immer ganz leicht hat, planen BAYER und andere Agro-Riesen jetzt die externe Anwendung von dsRNA: Sie wollen auf der Basis von Ribonukleinsäure Pestizide entwickeln. Und einige Aufsichtsbehörden haben auch schon signalisiert, dass sie solche Produkte nicht als Gentechnik betrachten würden. Im April 2019 hat die Industrieländer-Vereinigung OECD den Neuentwicklungen bereits eine Konferenz gewidmet. Die BAYER-Wissenschaftlerin Pam Bachman hielt dort einen Vortrag über die verschiedenen Anwendungen inner- und außerhalb von Ackerfrüchten. Überdies bewertete sie das Risiko von Einträgen in Gewässer und Böden und stellte dazu ein vom Leverkusener Multi entwickeltes Analyse-Gerät zum Nachweis von dsRNA-Spuren vor. Das nicht weiter überraschende Fazit ihrer Ausführungen: „[D]sRNA-Produkte haben kaum das Potenzial, sich dauerhaft in der Umwelt halten zu können.“

EFSA: Bt-Gifte sind keine Allergene

Im Jahr 2018 hatte eine mexikanische Studie den Giften des *Bacillus thuringiensis* (Bt), mit denen Gen-Werker*innen unter anderem die BAYER-Pflanzen MON89034, MON87411 und MON88017 bestückt haben, eine leicht allergene Wirkung bescheinigt. Bei der Risiko-Bewertung der Labor-Früchte, welche die Europäische Union im Rahmen ihrer Zulassungsprüfung vornimmt, spielte diese Bt-Eigenschaft bisher keine Rolle. Deshalb forderte die EU-Kommission die Europäische Lebensmittel-Behörde EFSA zu einer Analyse der Untersuchungsergebnisse auf. Die EFSA-Wissenschaftler*innen sahen jedoch keinen Handlungsbedarf, da sie Mängel in der Arbeit Karla Santos-Vigils und ihrer Kolleg*innen ausgemacht hatten. Dabei kamen in den vergangenen Jahre viele andere Forscher*innen zu ähnlichen Resultaten wie Santos-Vigil & Co.

Immunsystem stößt Gen-Scheren ab

BAYER setzt sowohl im Pharma- als auch im Agro-Bereich stark auf die „Gentechnik 2.0“. Einen Schwerpunkt bildet dabei die CRISPR/Cas-Technologie. Das Verfahren bedient sich eines Abwehr-Mechanismus' von Bakterien zum Aufspüren von Fremd-DNA, um bestimmte Gen-Abschnitte anzusteuern, und nutzt dann das Cas-Enzym zur Auftrennung der Genom-Sequenz. Anschließend setzt CRISPR/Cas entweder mitgeführte neue Erbgut-Stränge ein oder bringt die Zellen dazu, per Mutagenese selbst Veränderungsprozesse einzuleiten. So weit die Theorie: In der Praxis geht das alles längst nicht immer so glatt. Das zeigen jetzt gleich zwei neue Studien. Nach Forschungen von Wissenschaftler*innen der Berliner Charité sowie der Stanford University zerstört das menschliche Immunsystem nämlich oft die schönen neuen CRISPR/Cas-Zellen. Es macht in ihnen den Bakterien-Stammbaum aus und schaltet auf Abwehr.

Zwischenfälle bei CRISPR/Cas-Versuchen

In China erproben Wissenschaftler*innen bereits Krebs-Therapien auf der Basis des neuen Gentechnik-Verfahrens CRISPR/Cas (s. o.). Nach Recherchen des *Wall Street Journals* kam es dabei jedoch zu Zwischenfällen. Bei einem Klinischen Versuch mit

86 Proband*innen traten bei einigen Teilnehmer*innen plötzlich Autoimmun-Krankheiten auf.

WASSER, BODEN & LUFT

Kaum noch Umwelt-Berichterstattung

Der BAYER-Konzern dampft seine Umweltberichterstattung ein. Hatte diese im letzten Geschäftsbericht noch sieben Seiten eingenommen, so braucht der Global Player dafür im neuen bloß noch zweieinhalb Seiten (von insgesamt 239!). Er beschränkt sich nunmehr auf Angaben zu den Kohlendioxid-Emissionen, zum Wasser-Verbrauch und zum Abfall-Aufkommen. Zu den bei der Stromerzeugung zum Einsatz kommenden Energie-Trägern, zu den Emissionen von Kohlenmonoxid, Stickstoffen, flüchtigen organischen Stoffen und Schwefeldioxid in die Luft schweigt der Agro-Riese hingegen ebenso wie zum Volumen der Einleitungen von Phosphor, Stickstoff, Schwermetallen und Anorganischen Salzen in die Gewässer.

CO₂-Ausstoß: 3,71 Millionen Tonnen

Im Geschäftsjahr 2019 erhöhte sich BAYERs Kohlendioxid-Ausstoß von 2,88 auf 3,71 Millionen Tonnen. Abermals sorgte hauptsächlich die Glyphosat-Produktion am Standort Soda Springs für den Anstieg. Die Gewinnung des Glyphosat-Vorprodukts Phosphor aus Phosphorit ist nämlich extrem energie-aufwendig. Auf eine Betriebstemperatur von 1500° muss der Ofen kommen, damit das Sediment-Gestein den Phosphor preisgibt. Im Geschäftsbericht heißt es dazu verklausuliert: „Mit dem akquirierten Agrargeschäft haben wir neben Standorten für die Saatgutproduktion u. a. auch eine Rohstoffgewinnung für die Herstellung von Pflanzenschutzmittel-Vorprodukten übernommen, mit der energieintensive Auf- und Weiterverarbeitungen verbunden sind.“ Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hatte schon auf der letzten Hauptversammlung Handlungsbedarf angemahnt, der Konzern unternahm aber offensichtlich nichts. Wie blanker Hohn wirkt es da, wenn der Vorstandsvorsitzende Werner Baumann tönt: „[E]in Meilenstein des vergangenen Jahres bei BAYER war das Thema Nachhaltigkeit.“

BAYERs Wasser-Verbrauch steigt

Der BAYER-Konzern benötigt enorm viel Wasser. Vor allem als Kühlwasser findet es Verwendung. Im Jahr 2019 erhöhte sich der Verbrauch im Vergleich zu 2018 von 42 Millionen Kubikmeter auf 59 Millionen Kubikmeter. Nach Angaben des Global Players sorgte vor allem die MONSANTO-Übernahme für die gestiegenen Zahlen.

BAYER spürt den Klimawandel

Der Klimawandel wirkt sich zunehmend auf die Erträge von BAYERs Agro-Sparte aus. So heißt es im jüngsten Geschäftsbericht: „Vor allem in Nordamerika war der Markt rückläufig durch Überschwemmungen und starke Regenfälle im mittleren Westen der USA.“ Zudem sorgte Trockenheit in der Region „Europa/Nahost/Afrika“ für Einbußen im Fungizid-Geschäft und in Australien für den rückläufigen Absatz von Baumwoll-Saatgut und Herbiziden.

Mehr gefährliche Abfälle

Im Geschäftsjahr 2019 stieg bei BAYER die Menge der gefährlichen Produktionsabfälle von 282.000 Tonnen auf 283.000 Tonnen. Der Konzern macht für den Zuwachs das Werk im schweizerischen Muttenz verantwortlich, wo sich der Output an Zwischenprodukten zur Herstellung des Fungizid-Wirkstoffes Trifloxystrobin erhöhte.

Neue Stickstoff-Kooperation

BAYER hat mit dem Biotech-Unternehmen GINGKO BIOWORKS das Joint Venture JOYN BIO gegründet. Ziel der Kooperation ist die Entwicklung von Mikroben-Stämmen, die Stickstoff binden und diesen Pflanzen dann als Dünger zuführen können. Dadurch sinkt nach Angaben des Leverkusener Multis der Bedarf an chemischem Dünger, der die Umwelt stark belastet. Allerdings steckt das Projekt noch in einer frühen Phase.

Beta-Estradiol nur auf der Watchlist

Die EU hat im Dezember 2019 eine neue Trinkwasser-Richtlinie verabschiedet und für einige Substanzen schärfere Grenzwerte festgelegt. Allerdings gelang es der Bundesregierung, BAYER & Co. einiges zu ersparen. So konnte sie etwa Limits für zwei hormonell wirksame und deshalb gesundheitsgefährdende Stoffe verhindern. Stattdessen landete Beta-Estradiol (enthalten in der gegen Wechseljahres-Beschwerden zum Einsatz kommenden BAYER-Arznei ANGELIQ) gemeinsam mit Nonylphenol bloß auf einer Watchlist. Nur für Bisphenol A, zu dessen Hauptproduzenten der Leverkusener Multi vor der Trennung von seinem Kunststoff-Geschäft zählte, gibt es jetzt eine Schwelle, die nicht überschritten werden darf.

STANDORTE & PRODUKTION

Kaum Pillen „Made in Germany“

BAYER lagert die Pillen-Fertigung immer mehr aus. Es kommen kaum noch Pharmazeutika aus deutschen Werken. Momentan unterhält der Global Player hierzulande noch die Produktionsstandorte Bitterfeld, Leverkusen, Grenzach, Darmstadt, Weimar und Berlin. Dort stellt der Konzern die Arzneien ASPIRIN, XARELTO, BEPANTHEN, BEPANTHOL, CANESTEN, YASMIN, YASMINELLE, YAZ, NEXAVAR, ADALAT, EYLEA, KOGENATE und BETAFERON her.

Dormagen: BAYER zahlt neue Brücke

Im Zuge des Ausbaus der A57 zwischen Neuss-Süd und Dormagen muss der Landesbetrieb Straßen.NRW die Brücke abreißen, die viele Beschäftigte von BAYER und anderen im Dormagener Chemie-„Park“ angesiedelten Unternehmen auf dem Weg zu ihrer Arbeit nutzen. Für die sonstige Verkehrsinfrastruktur spielt das Bauwerk aus Sicht des Landes keine Rolle; für einen Neubau will es deshalb kein Steuer-Geld verwenden. So kam der Konzern als möglicher Träger der Kosten ins Spiel. Dieser zierte sich lange, gab dann aber im Juli 2019 doch die Zustimmung. Seine Immobilien-Tochter BAYER REAL ESTATE übernimmt den Betrag, der sich im mittleren einstelligen Millionen-Bereich bewegt.

Kanton will Steuer-Nachzahlungen

Die BAYER-Tochter MONSANTO will ihre Europa-Zentrale in der Schweiz verlegen und von Morges nach Basel ziehen. MONSANTO wählte Morges 2004 als Standort, weil der zuständige Kanton Waadt mit Steuererleichterungen gelockt hatte. Bis 2014 zahlte das Unternehmen weder Kantons- noch Gemeindesteuern und nur die Hälfte der sonst üblichen Bundessteuern. Allerdings behielt sich Waadt bei negativen Entwicklungen vertraglich Änderungen vor. Und auf diese Klausel berufen die Politiker*innen sich nun: Sie fordern die Rückzahlung von 50 bis 100 Millionen Franken. Verhandlungen darüber mit BAYER laufen bereits.

IMPERIUM & WELTMARKT

BAYER gibt CASEBIA-Beteiligung auf

Vor rund 15 Jahren begann bei BAYER die Ära der Gentechnik 2.0. Der Leverkusener Multi entwickelte eigene Verfahren und ging Kooperationen mit Biotech-Firmen ein, um sich den Zugriff auf Gen-Scheren wie CRISPR/Cas und andere neue Methoden der Erbgut-Manipulation zu sichern. Den spektakulärsten Coup gab der Konzern 2015 bekannt. Er schloss einen Vertrag mit der Firma CRISPR THERAPEUTICS, eine Gründung der CRISPR/Cas-Mitentwicklerin Emmanuelle Charpentier. „Es wird sehr spannend, unsere Stärken bei Technologie-Führerschaft, wissenschaftlicher Exzellenz und Patenten zu kombinieren. Wir haben hier die Chance, einen echten Fortschritt für Patienten mit schweren genetischen Krankheiten und für unser Geschäft zu erzielen“, erklärte der BAYER-Manager Axel Bouchon zum feierlichen Anlass. Bis zu 335 Millionen Dollar wollte der Global Player zur Entwicklung neuer Therapien für Blut-, Herz- und Augen-Krankheiten in das Joint Venture mit Namen CASEBIA pumpen. Vier Jahre später folgte die Ernüchterung: Die Aktien-Gesellschaft zieht sich aus dem Gemeinschaftsunternehmen zurück. Zudem reduziert der Agro-Riese sukzessive die Anteile, die er an CRISPR THERAPEUTICS hält. Von ursprünglich 12,8 auf 6,1 Prozent sanken sie mittlerweile. Bis auf das Recht, aus zwei Arznei-Projekten Kapital zu schlagen, falls diese Markt-Reife erlangen sollten, bleibt nichts von der damals medien-wirksam mit großem Brimborium verkündeten Zusammenarbeit.

BAYER übernimmt BLUEROCK ganz

„Die Möglichkeiten sind grenzenlos“, so schwärmte im Jahr 2001 BAYERS damaliger Chef-Pharmazeut Wolfgang Hartwig über die Chancen, die Stammzellen bieten. Aus ihnen wollten die Genwerker*innen des Konzerns zahlreiche Zelltypen oder Gewebe-Arten für medizinische Anwendungen konstruieren. Aber es hat sich rasch Ernüchterung über das Potenzial des Forschungszweigs eingestellt, weshalb der Leverkusener Multi bald alle Aktivitäten auf diesem Gebiet stoppte. 2016 jedoch wagte er einen neuen Anlauf. Der Pharma-Riese gründete gemeinsam mit der Investment-Gesellschaft VERSANT VENTURES das Unternehmen BLUEROCK THERAPEUTICS und stattete es mit 225 Millionen Dollar aus. Dafür erhoffte sich der Global Player die Entwicklung von „zell-basierten Therapien“ für Herz/Kreislauf-Erkrankungen, Alzheimer und Parkinson. Und die Erwartungen haben sich of-

fenbar erfüllt. BAYER machte noch einmal 240 Millionen Dollar locker und übernahm BLUEROCK ganz. Damit nicht genug, stellte das Unternehmen zusätzlich noch einmal 360 Millionen Dollar an Erfolgsprämien für das Erreichen von Forschungsfortschritten in Aussicht. Eine Parkinson-Behandlungsart auf der Grundlage von „induzierten Pluripotenten Stammzellen“ (iPSC), welche die Wissenschaftler*innen durch eine „Rückprogrammierung“ normaler Körperzellen gewinnen (siehe auch DRUGS & PILLS), steht nach Angaben des Global Players bereits kurz vor der klinischen Erprobung.

Agro-Monopoly geht weiter

Mitte der 2010er Jahre hatte ein großes Monopoly-Spiel im Agro-Bereich begonnen. Am Ende übernahm BAYER MONSANTO und CHEMCHINA SYNGENTA, während parallel dazu DOW CHEMICAL und DUPONT fusionierten. Jetzt hat CHEMCHINA/SYNGENTA eine neue Runde eingeläutet. Das Unternehmen schluckte den chinesischen Pestizid-Hersteller SINOCEM und stieg damit zum weltgrößten Ackergift-Produzenten auf.

ÖKONOMIE & PROFIT

BAYER begibt neue Anleihe

Ende 2019 hat BAYER zwei neue Hybrid-Anleihen über insgesamt 1,75 Milliarden Euro begeben. Der Leverkusener Multi will das frische Kapital zum Teil zur Begleichung alter Anleihe-Verbindlichkeiten nutzen und damit die durch die MONSANTO-Übernahme entstandene Schuldenlast weiter abtragen. Er greift dabei bevorzugt zu diesem Instrument, weil die großen Rating-Agenturen Hybrid-Anleihen zu 50 Prozent als Eigenkapital ansehen und bei ihren Bonitätsprüfungen deshalb besser bewerten als andere Verschuldungsarten.

RECHT & UNBILLIG

2.900 MIRENA-Klagen

BAYERS Hormon-Spirale MIRENA hat Nebenwirkungen wie nächtliche Schweißausbrüche, Herzrasen, Unruhe, Schlaflosigkeit, Bauchkrämpfe und Oberbauchschmerzen. Allein die US-amerikanische Gesundheitsbehörde FDA erhielt bereits 45.000 Meldungen über unerwünschte MIRENA-Effekte. Darum hatten in den Vereinigten Staaten 2.900 Frauen Klagen gegen den Leverkusener Multi eingereicht. 790 davon, die in einem sogenannten „Multidistrict Litigation“-Verfahren zusammengefasst sind, laufen noch (Stand: 6. Februar 2020). In erster Instanz gaben die Richter*innen dem Leverkusener Multi recht, aber die Geschädigten gehen in die Berufung. Mit MIRENA-Nutzerinnen, bei denen das Medizin-Produkt die Gebärmutter-Wand durchbohrte, einigte der Konzern sich unterdessen auf einen Vergleich. 12 Millionen Dollar Schadensersatz zahlte er ihnen.

Noch 27.200 XARELTO-Klagen

BAYERs Gerinnungshemmer XARELTO mit dem Wirkstoff Rivaroxaban hat gefährliche Nebenwirkungen wie z. B. Blutungen. In den USA ziehen deshalb viele Geschädigte bzw. deren Hinterbliebene vor Gericht. Mit 25.500 von ihnen hatten sich der Leverkusener Multi und sein US-amerikanischer Vertriebspartner JANSSEN im letzten Jahr auf einen Vergleich einigt, der die Unternehmen 775 Millionen Dollar kostete (siehe auch *Ticker* 3/19). Aber mit 27.200 Klagen sehen sich die beiden Pharma-Riesen noch konfrontiert (Stand: 6. Februar 2020).

33.100 ESSURE-Klagen

ESSURE, BAYERs ohne Hormone auskommende Sterilisationsmittel, beschäftigt in den USA zunehmend die Gerichte. Die kleine Spirale, deren Kunststoff-Fasern für ein so großes Wachstum des Bindegewebes sorgen sollen, dass sich die Eileiter verschließen, hat nämlich zahlreiche Nebenwirkungen. Allzu oft bleibt das Medizin-Produkt nicht an dem vorgesehenen Ort, sondern wandert im Körper umher und verursacht Risse an den Wänden innerer Organe, was zu lebensgefährlichen inneren Blutungen führen kann. Auch Hautausschläge, Kopfschmerzen, Übelkeit und Allergien zählen zu den Gesundheitsschädigungen, über die Frauen berichten. Darum nimmt die Zahl der Klagen immer mehr zu und liegt mittlerweile bei 33.100 (Stand: 6. Februar 2020).

170 Dicamba-Klagen

Das Ackergift Dicamba, das hauptsächlich in Kombination mit Gen-Pflanzen Verwendung findet, verursacht Ernte-Schäden. Das Herbizid bleibt nämlich nach dem Ausbringen nicht einfach an Ort und Stelle, sondern verflüchtigt sich und treibt zu Ackerfrüchten hin, die gegen den Stoff gentechnisch nicht gewappnet sind und deshalb eingehen. Allein bei Soja kam es im Jahr 2017 auf einer Fläche von rund 1,5 Millionen Hektar zu Schäden. Kevin Bradley von der „University of Missouri“ beziffert die Zahl der betroffenen Landwirt*innen auf 2.700. Viele von ihnen haben deshalb Klagen gegen BAYER und andere Hersteller eingereicht. Ein erstes Verfahren endete für den Leverkusener Multi und BASF mit der Verurteilung zu einer Zahlung von 265 Millionen Dollar. Auf 15 Millionen Dollar setzten die Richter*innen den Schadensersatz fest und auf 250 Millionen Dollar die Strafe. Diese fiel so hoch aus, weil die Konzerne die Risiken und Nebenwirkungen des Mittels genau kannten. Die BAYER-Tochter MONSANTO etwa ignorierte Warnungen ihrer eigener Berater*innen. Und als Wissenschaftler*innen der „University of Arkansas“ die Stabilität von Dicamba testen wollten, stellte die Firma ihnen keine Proben zur Verfügung. MONSANTO könne davon keine ausreichende Menge produzieren, lautete die offizielle Begründung, über die sich Beschäftigte in internen Mails lustig machten: „Hahaha difficulty in producing enough product for the field testing. Hahaha bullshit.“ Das Management wollte das Produkt so schnell wie möglich auf den Markt bringen und setzte die Abteilung, welche die Zulassung vorbereitete, massiv unter Druck. Es gab die „klare Botschaft“, sagte eine Angestellte in dem Prozess aus, „dass wir alles in unserer Kraft stehende tun müssen, um die Genehmigung zu erhalten“. Diese Geisteshaltung kommt den Agro-Riesen jetzt teuer zu stehen: 170 weitere Verfahren stehen laut Geschäftsbericht an (Stand: 6. Februar 2020). Zudem stockt der Absatz des

Pestizids sowie derjenige von XTEND und anderen Genpflanzen/Dicamba-Kombipacks. Deshalb sah der Konzern sich schon zu Abschreibungen gezwungen. „Bei Crop Science musste eine Wertminderung von 522 Mio. Euro für die Produktionsanlage ‚Dicamba‘ (Bereich Herbizide) in Luling, USA vorgenommen werden“, heißt es im Geschäftsbericht. Aber wie auch bei Glyphosat und anderen ähnlich gelagerten Fällen steht der Agro-Riese nach wie vor in Treue fest zu seinen Produkten. Es bestehe „kein unangemessenes Abdrift-Risiko“, behauptet der Konzern, Dicamba-Pestizide seien „wertvolle Instrumente für Landwirte, die wirksame Optionen zur Ertragssteigerung und zur Bekämpfung resistenter Unkräuter benötigen“.

CEO reicht Beschwerde ein

Die nunmehrige BAYER-Tochter MONSANTO investierte Unsummen, um für ihr umstrittenes Pestizid Glyphosat 2017 eine erneute EU-Zulassung zu bekommen. Die von ihr zu diesem Behufe engagierte PR-Firma FLEISHMANHILLARD scheute dabei vor keinem Mittel zurück. Sie legte umfangreiche Listen von Politiker*innen, Journalist*innen sowie Behörden-Mitarbeiter*innen an und ordnete sie in Kategorien wie „Verbündeter“, „möglicher Verbündeter“, „zu erziehen“ oder „im Auge behalten“ ein (siehe *SWB* 3/19). Allein in Brüssel bei der EU betrieb FLEISHMANHILLARD mit rund 60 Beschäftigten Einfluss-Arbeit. Die Kosten für die von Oktober 2016 bis Dezember 2018 dauernde „Glyphosate Renewal Campaign“ hat BAYER auf 14,5 Millionen Euro beziffert. Diese Summe findet sich im Lobby-Register der EU allerdings nicht wieder. Dort gab FLEISHMANHILLARD für 2016 lediglich 0,8 Millionen Euro an und MONSANTO für den Zeitraum von September 2016 bis August 2017 bloß 1,45 Millionen Euro. „Diese Zahlen zeigen, dass die Lobby-Macht der Pestizid-Industrie viel größer ist als offiziell verlautbart (...) Diese Diskrepanz zwischen den angegebenen Aufwendungen und den 14,5 Millionen Euro kann als ein klarer Fall von Desinformation angesehen werden“, konstatiert CORPORATE EUROPE OBSERVATORY (CEO). Für die Initiative unterminiert ein solches Verhalten die Glaubwürdigkeit des Lobby-Registers. Deshalb hat sie bei der Europäischen Union eine Beschwerde gegen MONSANTO und FLEISHMANHILLARD eingereicht. Für die jetzige BAYER-Gesellschaft ist es schon die zweite wegen eines Verstoßes gegen die Meldepflichten.

Hawaiiansche Familien klagen

Die Inseln des US-Bundesstaates Hawaii haben sich zu einem riesigen Freiluft-Labor für die Agro-Riesen entwickelt. Das seit 2018 zum Leverkusener Multi gehörende Unternehmen MONSANTO unterhält dort ebenfalls Versuchsfelder. Weil es auf Maui auch das wegen seiner extremen Giftigkeit verbotene Pestizid Pennacap-M testete, verurteilte ein Gericht den deutschen Konzern Ende 2019 zu einer Strafe in Höhe von zehn Millionen Dollar (*Ticker* 1/20). Und jetzt müssen die Richter*innen sich wieder mit dem Treiben der BAYER-Tochter auf Maui beschäftigen. Mütter, die der Nähe der Äcker leben, bringen nämlich gehäuft Babys mit Geburtsfehlern zur Welt. Elizabeth Fultons Kind etwa hatte keine Speiseröhre, weshalb Chirurg*innen dem Mädchen in aufwendigen Operationen eine künstliche einsetzen mussten. Zudem hatte es Lähmungserscheinungen in den Stimmbändern. Und bei Max Coleman funktionierten die Nieren nicht richtig, weil die Verbin-

dung zur Blase gestört war. Darum haben beide Familien Klagen eingereicht. „MONSANTOs rücksichtsloser Einsatz von Pestiziden und schädlichen Chemikalien in der Nähe von Siedlungen hat zahllose Familien auf Maui hohen Risiken ausgesetzt“, so die Anwält*innen in einer Presseerklärung. Ihren Angaben zufolge versprühte MONSANTO unter anderem die Acker-Gifte Atrazin, Paraquat-Dichlorid, Chlorpyrifos und – last not least: Glyphosat. Der BAYER-Konzern weist die Anschuldigungen mit den üblichen, bereits in zahlreichen Hauptversammlungen erprobten Textbausteinen zurück: „Wir haben großes Mitgefühl mit den Klägern, aber wir sind überzeugt davon, dass die von uns auf Maui verwendeten Pestizide nicht für die beschriebenen Gesundheitsbeschwerden verantwortlich sind.“

Anklage wg. Industrie-Spionage

In den USA muss sich ein ehemaliger MONSANTO-Beschäftigter vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Mann vor, Geschäftsgeheimnisse an China weitergegeben zu haben. Der Angeklagte stand von 2008 bis 2017 im Dienst des jetzt zu BAYER gehörenden Unternehmens und arbeitete unter anderem bei der CLIMATE CORPORATION, der Abteilung für die digitale Landwirtschaft.

Frankreich: Export-Verbote rechtens

Das in Frankreich im Jahr 2018 verabschiedete Agrikultur- und Nahrungsmittelgesetz (Egalim) untersagte ab 2022 den Export solcher Pestizide, deren Gebrauch in der EU verboten ist. Dies wollten BAYER & Co. allerdings nicht so einfach hinnehmen. Ihr Unternehmensverband UIPP rief das Verfassungsgericht an, weil die Agro-Riesen die verfassungsmäßig garantierte Freiheit des Unternehmertums durch den Ausfuhr-Bann eingeschränkt sahen. Der „Conseil constitutionnel“ wog diese jedoch gegen die ebenfalls verfassungsmäßig garantierten Rechte auf Gesundheitsschutz und eine intakte Umwelt ab und erklärte den entsprechenden Egalim-Passus daraufhin für rechtmäßig. Während die Agro-Riesen sofort verheerende Folgen für den Wirtschaftsstandort Frankreich heraufbeschworen und mit Abwanderung drohten, begrüßten Umweltrechtler*innen und Aktivist*innen das Urteil. Der Jurist Sébastien Mabile bezeichnete es sogar als „historisch“. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), welche die Praxis der doppelten Standards bei der Vermarktung von Ackergiften schon seit Langem kritisiert, zeigte sich ebenfalls erfreut über den Richter*innen-Spruch. „Es ist eine richtungsweisende Entscheidung. Das französische Gericht räumte der menschlichen Gesundheit und dem Umweltschutz eindeutig Vorrang vor dem Profitstreben von BAYER & Co. ein. Nun muss die Bundesregierung nachziehen und auch den hierzulande produzierenden Firmen untersagen, ihre innerhalb der EU nicht mehr handelbaren Ackergifte nach Afrika, Asien, Nord- und Südamerika zu exportieren“, hieß es in der Presseerklärung der CBG.

IMPRESSUM



Der *Ticker* erscheint viermal jährlich als Beilage des Magazins *Stichwort BAYER*. Er wertet systematisch die der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zugänglichen Informationen zu BAYER und den Tochter- Unternehmen des Konzerns aus und bereitet selbst recherchiertes Material auf. Wird der *Ticker* gesammelt, steht bald ein vielen Nutzungsmöglichkeiten offenes Archiv rund um den Global Player BAYER zur Verfügung.

REDAKTION:

Jan Pehrke (V.i.S.d.P.), CvD: Axel Köhler-Schnura, Uwe Friedrich

HERAUSGEBER:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG)

AUSZEICHNUNGEN:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von BUSINESS CRIME CONTROL. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Mathews-Preis“ geehrt.

ADRESSE:

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon: 0211/33 39 11
Fax: 0211/33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
<http://www.CBGnetwork.org>

ABONNEMENT:

Es gelten die Abo-Konditionen von *Stichwort BAYER (SWB)*.

Der *Ticker* kann als *SWB*-Beilage nur zusammen mit *SWB* abonniert werden.